



Irene Lischka
unter Mitarbeit von Reinhard Kreckel

Zur künftigen Entwicklung
der Studierendenzahlen
in Sachsen-Anhalt
Prognosen und Handlungsoptionen

Expertise im Auftrag der
Landesrektorenkonferenz
von Sachsen-Anhalt

Irene Lischka unter Mitarbeit von Reinhard Kreckel: Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt – Prognosen und Handlungsoptionen. Expertise im Auftrag der Landesrektorenkonferenz von Sachsen-Anhalt. (Arbeitsberichte 2'06). Hrsg. von HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wittenberg 2006. 52 S. ISSN 1436-3550.

Die demografische Entwicklung in Sachsen-Anhalt ist ähnlich wie die in den anderen neuen Bundesländern durch einen starken Rückgang der Geburten- und damit der Schülerzahlen gekennzeichnet. Wie wirkt sich das in den kommenden Jahren auf die Nachfrage nach Hochschulbildung aus? Wird allein dadurch, dass der Anteil der Studienberechtigten an den einzelnen Altersjahrgängen und auch der Anteil der ein Studium aufnehmenden Studienberechtigten weiter ständig steigt, die Anzahl der StudienanfängerInnen bzw. Studierenden etwa gleich bleiben? Oder wie könnten sich die anstehenden steigenden Studienberechtigtenzahlen in den alten Bundesländern, die Einführung von Studiengebühren und Auswahlverfahren, die Einführung gestufter Studiengänge in Kontext mit wissenschaftlicher Weiterbildung darauf auswirken? Modellrechnungen nach unterschiedlichen Szenarien zeigen mögliche Entwicklungen der Studienanfänger- und Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt und daraus resultierende Erfordernisse.

The demographic development of Sachsen Anhalt is, as in the other new Bundesländer, characterized by an important decline of birth rates that leads to a decline of numbers of students. How will this affect in the next years the demand for higher education? The proportion of high school graduates that are entitled to study has increased steadily as well as the proportion of these that actually begin their higher education. Will this lead to the fact that the overall number of first-year students remains largely constant? What effect will have on these numbers: the increase in the numbers of those entitled to study from the old Bundesländer, the introduction of study fees and selection mechanisms, the introduction of the two-tier system in the context of scientific further education? Modell computations of different scenarios show possible developments of immatriculation and student numbers in Sachsen-Anhalt and the resulting demands.

Inhalt

| | |
|---|----|
| 1. Einleitung | 5 |
| 2. Prognosemodelle | 7 |
| 3. Demografische Entwicklungen | 10 |
| 3.1 Bevölkerungsentwicklung | 10 |
| 3.2 Geburtenentwicklung..... | 11 |
| 4. Entwicklungsszenarien | 13 |
| 4.1 Studienberechtigtenquoten..... | 13 |
| 4.2 Anzahl der Studienberechtigten..... | 16 |
| 4.3 Übergang ins Studium | 18 |
| 4.4 Bildungswanderung und Anzahl der StudienanfängerInnen | 20 |
| 4.5 Anzahl der Studierenden..... | 24 |
| 5. Ausgewählte Einflüsse auf den Hochschulzugang | 26 |
| 5.1 Europäisierung von Hochschulbildung..... | 26 |
| 5.2. Weiterbildung | 27 |
| 5.3 Studiengebühren | 28 |
| 5.4 Auswahl der Studierenden und Zulassungsbegrenzungen..... | 31 |
| 6. Schlussfolgerungen | 33 |
| Literatur | 36 |
| Anlagen | 38 |
| 1. Wirkungen von Studiengebühren auf den Hochschulzugang in ausgewählten Staaten | 38 |
| 2. Tabellen | 41 |
| 3. Abbildungen..... | 47 |

1. Einleitung

Widersprüchlich erscheinende Probleme kennzeichnen die Situation der deutschen Hochschulen. Einerseits sind die Bewerber- und Studierendenzahlen an den Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland seit der Vereinigung dramatisch angestiegen¹. Es herrscht ein breiter Konsensus darüber, dass die Studierendenzahlen und Studienplatzkapazitäten in Deutschland künftig weiter erhöht werden sollen², insbesondere auch deshalb, weil der Studierendenanteil in Deutschland im internationalen Vergleich weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt.³ Allein aus demografischen Gründen werden für die kommenden 15 Jahre noch bis um ein Viertel weiter ansteigende Studierendenzahlen vorausgesagt (KMK 2005b; Wissenschaftsrat 2006a). Ein Hochschulpakt zur Bewältigung dieser Situation ist von der Regierung angekündigt worden (BMBF 2006).

Andererseits ist schon jetzt die zunehmende Unterfinanzierung der Hochschulen ein unbestrittenes Faktum.⁴ Quer durch die Republik ist es in den letzten Jahren aus haushaltspolitischen Gründen zu Kürzungen der Hochschuletats und zur Beschneidung ursprünglicher Ausbauplanungen von Hochschulen gekommen. Zunehmend werden ortsgebundene Zulassungsbeschränkungen eingeführt. Es ist damit zu rechnen, dass sie sich dämpfend auf den Hochschulzugang auswirken werden. In die gleiche Richtung könnte sich – zumindest mittelfristig – die teilweise schon beschlossene Einführung von Studiengebühren auswirken.

Für die neuen Bundesländer, insbesondere auch für Sachsen-Anhalt, das im Mittelpunkt dieser Expertise steht, gelten nun zwei Sonderbedingungen (vgl. Kreckel 2004a: 47ff.): Zum einen stehen hier die öffentlichen Haushalte – und somit auch die Hochschulfinanzen – unter besonders starkem Druck; dadurch ist es in den letzten Jahren zu deutlichen Kürzungen und Abstrichen an den Ausbauplanungen der 90er Jahre gekommen. Zum anderen muss zum Ende des Jahrzehnts aus demografischen Gründen mit einem steilen Abfall der Zahl der Studienberechtigten in den neuen Bundesländern gerechnet werden. Die im Verlauf dieser Expertise vorzulegenden prognostischen Berechnungen können an dieser inzwischen weithin bekannten Sachlage nichts Grundlegendes ändern. Auf die damit verbundenen Gefahren und Lösungsmöglichkeiten verweisen die jüngsten, vom Wissenschaftsrat herausgegebenen „Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems“:

¹ 1992, im ersten Jahr, für das gesamtdeutsche Daten vorliegen, betrug nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes die *Studienberechtigtenquote* pro Altersjahrgang 32,8 %; 2004, also 12 Jahre später, war sie um etwa ein Viertel, auf 41,5%, angestiegen (Stat. Bundesamt 2003: 13 sowie 2005: 17).

Die *Studienanfängerquote* lag 1993 bei 25,5 %, 2005 bei 36,7 %. Hier betrug der Zuwachs binnen 12 Jahren somit sogar fast 50 % (Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes vom 6.12.2005: http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2005/aktuelle_ergebnisse.pdf).

² So zuletzt: Wissenschaftsrat (2006a: 5)

³ Im Durchschnitt der OECD-Länder lag nach den Angaben der OECD die Studienanfängerquote im Jahr 2003 bei 53 % des Altersjahrganges, in Deutschland lediglich bei 36 % (OECD 2005: 249).

⁴ So lag zwischen 1992 und 2003 der Anstieg der Studienanfängerzahlen in Deutschland bei 29,8 %, während Grundmittel der Hochschulen lediglich um 14,8% zunahmen (Wissenschaftsrat 2006a: 102, 111).

„Der Rückgang der Zahl studienberechtigter Landeskinder in den neuen Ländern stellt deren Hochschulsysteme vor eine ... Herausforderung. Diese Situation kann als Chance wahrgenommen werden, den Beitrag der Hochschulen zur wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder zu erhöhen. Die Hochschulen können in besonderem Maße dazu beitragen, Kerne wirtschaftlichen Wachstums zu stärken und die Ansiedlung und Expansion von Unternehmen in zukunftssträchtigen Wirtschaftszweigen zu fördern. Dies wird auch die Attraktivität der Studienangebote der Hochschulen der neuen Länder steigern und die Profile der Hochschulen schärfen. Die Studienplatzkapazitäten sollten trotz des Rückgangs studienberechtigter Landeskinder möglichst weitgehend beibehalten werden. Denn die *Gewinnung zusätzlicher Studierender aus den alten Ländern liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse der neuen Länder. Damit leisten die neuen Länder auch einen wesentlichen Beitrag zu der Bewältigung der in Deutschland insgesamt steigenden Studienanfängerzahlen.*“⁵

Wie stellt sich die Situation derzeit in Sachsen-Anhalt dar? Die Anzahl der Studienanfänger (rd. 12 Tsd.) und der Studierenden (rd. 52 Tsd.) hat sich hier seit Anfang der neunziger Jahre mehr als verdoppelt⁶. Andererseits ist eine erneute Kürzung der Hochschulhaushalte um durchschnittlich 10 % im Doppelhaushalt 2005/2006 wirksam geworden. Dessen ungeachtet hält der Ansturm auf die Hochschulen an. In zahlreichen Studienfächern ist der Studienbetrieb durch Überlast gekennzeichnet. Auf ihre Zwangslage zwischen hoher studentischer Nachfrage und gekürzten Mitteln haben die Hochschulen zunehmend mit der Beantragung von hochschulinternen Zulassungsbeschränkungen reagiert, die vom Kultusministerium auch genehmigt wurden. In ihrem Gefolge sind die Studienanfängerzahlen an den beiden Landesuniversitäten im Studienjahr 2005 bereits erkennbar zurückgegangen.⁷

Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage nach den in den nächsten Jahren zu erwartenden Entwicklungen beim Hochschulzugang, sowie nach den Handlungsspielräumen und –möglichkeiten, die sich daraus ergeben.

⁵ Wissenschaftsrat (2006a: 7; Hervorhebungen v. Verf.).

⁶ <http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=15260> (Zugriff: 02.02.2006).

⁷ Zwischen 2004 und 2005 ist die Zahl der Studierenden im 1. Fachsemester an den beiden Universitäten des Landes von 5.302 auf 4.324 (Halle) bzw. von 3.985 auf 2.934 (Magdeburg) jeweils drastisch gesunken (Quelle: Ebda.). Im gleichen Zeitraum wurden die Zulassungsbeschränkungen an beiden Universitäten deutlich erweitert. In Halle stieg dadurch die Gesamtzahl der zulassungsbeschränkten Studienplätze von 2.432 auf 5.136. In Magdeburg musste die Neuimmatrikulation für das Studium des Lehramts an Gymnasien und an Sekundarschulen sowie die Musikausbildung ganz eingestellt werden; darüber hinaus stieg die Zahl der zulassungsbeschränkten Studienplätze von 2.386 auf 2.498 (Quelle: Auskünfte der Abt. Statistik an beiden Universitäten, 10.02.06, sowie Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Pressemitteilung 164 vom 06.10.2005).

2. Prognosemodelle

Sozialwissenschaftliche Prognosen, die sich auf künftiges Verhalten von Menschen beziehen, sind immer riskant. Während mittelfristige Veränderungen von strukturellen Rahmenbedingungen, z.B. auch von demografischen Gegebenheiten, häufig recht gut prognostiziert werden können, ist das tatsächliche Verhalten der Menschen wegen der stets möglichen Änderung von Handlungsorientierungen, Normen und Präferenzen der Akteure sehr viel schwerer abzuschätzen. Wenn außerdem die Handlungsbedingungen selbst in besonders starkem Maße von kurzfristigen politischen Eingriffen beeinflusst werden, wie es in der deutschen Hochschullandschaft zur Zeit der Fall ist, ist sowohl bei der Erstellung wie auch bei der Lektüre und Nutzung von Prognosen größte Vorsicht geboten.

Das Schicksal und die öffentliche Wahrnehmung der beiden Versionen der „Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020“ der Kultusministerkonferenz (KMK 2003; KMK 2005) kann hier als warnendes Beispiel genannt werden: In der Erstfassung stellte sich die voraussichtliche Entwicklung der Studienanfänger- und der Studierendenzahlen bis 2020 als ein relativ undramatisches Auf und Ab dar (KMK 2003: 14*, 25*). In der nur 2 Jahre später erstellten Fassung wird hingegen mit großen Zuwächsen gerechnet, obwohl nur einige wenige Parameter geändert wurden (KMK 2005: 14*, 25*). Diese neuere Prognose prägt die aktuelle Problemwahrnehmung (vgl. Wissenschaftsrat 2006a) und soll deshalb auch hier den Ausgangspunkt bilden.

Beide KMK-Prognosen zur Entwicklung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen basieren auf mehreren unterschiedlichen Szenarien und Annahmen. Ein Vergleich der in der älteren KMK-Prognose erwarteten Zahlen für 2005 und der mittlerweile vorhandenen tatsächlichen IST-Zahlen macht deutlich, dass die neuere KMK-Prognose von realistischeren Annahmen ausgeht. Allerdings ist sie für Sachsen-Anhalt nur bedingt brauchbar, da sie sich in aggregierter Form auf die gesamte Bundesrepublik bezieht. Ausgang prognostischer Abschätzungen für den Hochschulbereich sind dabei die Schüler- und Schulabsolventenprognosen zu den schon geborenen Altersjahrgängen, in die demografische Daten der koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung eingehen. Methodischer Ansatz der Berechnungen ist das Status-Quo-Modell, das heißt die Fortschreibung des aktuellen Bildungsverhaltens (Studierneigung, Wahl der Hochschulart, Studienbeginn und –dauer) in einer Bandbreite (Minimum – Maximum), die Unsicherheiten und Schwankungen berücksichtigt. Das heißt, es werden keine Annahmen zur Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds, seiner Wahrnehmung und des Einflusses auf das Bildungsverhalten einschließlich Bildungswanderung getroffen und berechnet. Auch Modellrechnungen auf Grund politischer Zielsetzungen werden nicht durchgeführt (KMK 2005: 2). Die Aktualisierung der KMK-Prognosen erfolgt in gewissen Zeitabständen, wobei die in der Zwischenzeit tatsächlich erfolgten Entwicklungen (z.B. hinsichtlich der Studierquote oder der Dauer zwischen Erwerb der Studienberechtigung und Studienbeginn) in den „Status-Quo“ aufgenommen werden. Das ist bei diesem Verfahren die einzige Möglichkeit, auf veränderte Umfeldbedingungen einzugehen. Damit werden Veränderungen nachträglich berücksichtigt und bestehende Prognosen aktualisiert. Bei der Fortschreibung der

KMK-Prognose 2003 in der KMK-Prognose 2005 wurde neben dieser Aktualisierung auch der Korridor für die Hochschulzugangsquoten von Studienberechtigten nach oben korrigiert.⁸ Der hohen Unsicherheit der mittelfristigen Voraussagen ist man sich bewusst.

Aber selbst bei vorsichtiger Dateninterpretation dürfte es auf der Bundesebene kaum möglich sein, die differenzierten Entwicklungen und Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Bundesländern genauer zu berücksichtigen und damit aggregierte Prognosen mit höherer Sicherheit zu erstellen. Die föderale Vielfalt des hochschulpolitischen Geschehens in Deutschland steht dem entgegen. Trotz der nach Ländern differenziert ausgewiesenen Schulabsolventenprognose werden die Studienanfänger- und Studierendenprognosen der KMK deshalb nicht nach Bundesländern ausgewiesen. Man denke nur daran, welcher Aufwand schon erforderlich wäre, um die unterschiedlichen Ströme der Bildungswanderung zwischen den Bundesländern realitätsnah zu modellieren.

Das Prognosemodell von HoF Wittenberg ist demgegenüber auf kleinere soziale Räume (insbesondere Bundesländer) bezogen, arbeitet mit unterschiedlichen Zukunftsszenarien und berücksichtigt sowohl die Bevölkerungs- als auch die Bildungswanderung. Anliegen dieser Berechnungen ist es, auch die möglichen Auswirkungen sozialer Veränderungen insbesondere auf den Hochschulzugang abzubilden. Selbstverständlich sind auch die Abschätzungen des HoF trotz der größeren Vielfalt der berechenbaren Varianten mit Unsicherheiten behaftet, da sie die Komplexität künftiger Einflüsse nur vereinfacht modellieren können. Berücksichtigt werden unterschiedliche Varianten der demografischen Entwicklung und des Bildungsverhaltens (als Ausdruck sich verändernder gesellschaftlicher Bedingungen und Einflüsse), insbesondere bezogen auf den Erwerb der Studienberechtigung, den Übergang ins Studium, die Bildungswanderung und zeitliche Staffelung des Studienbeginns. Folglich sind damit verschiedene Entwicklungsverläufe modellierbar, u.a. auch der Status Quo. Für die nachfolgenden Berechnungen werden kurz- und mittelfristigen Entwicklungen berücksichtigt, die aus heutiger Sicht mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit möglich erscheinen. Das heißt, ausgehend von der aktuellen Situation wird nur auf jene sich bereits abzeichnenden Veränderungen eingegangen, die in den kommenden Jahren den Prozess des Zugangs zu den Hochschulen zusätzlich zu den schon bisher bekannten Faktoren maßgeblich beeinflussen könnten. Dazu zählen vor allem:

- Die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge in Sachsen-Anhalt unter Berücksichtigung der Situation im gesamten Bundesgebiet.
- Anzahl und Struktur von Zu- und Abwanderungen einschließlich der sich daraus ergebenden Konsequenzen (wie Geburtenentwicklung, soziale Struktur der Bevölkerung, Bildungsansprüche).
- Die Entwicklung des quantitativen und qualitativen Potentials der Studienberechtigten unter Berücksichtigung der Attraktivität/Leistungsfähigkeit der zur Hochschulzugangsberechtigung führenden Bildungswege.

⁸ In KMK 2003 wird von einer Übergangsbandsbreite zwischen 70% und 80% ausgegangen, in KMK 2005 wurde der Korridor auf 75% bis 85% angehoben.

- Die Studierneigung unter Beachtung der Wahrnehmung von Dauer, Ablauf und Effekten eines Studiums vor dem Hintergrund der mit einem Studium verfolgten primären Ziele (z.B. Arbeitsmarktchancen, Verdienstmöglichkeiten).
- Die Kosten und die Finanzierbarkeit eines Studiums im Zusammenhang mit der Finanzsituation der öffentlichen und der privaten Haushalte.
- Die Attraktivität der Hochschulen (intern und extern) in Sachsen-Anhalt und in den anderen Bundesländern einschließlich der Wahrnehmung durch die Studieninteressenten/Eltern im Zusammenhang mit Beratungs- und Informationsmöglichkeiten.

3. Demografische Entwicklungen

Das föderal gestaltete Bildungswesen der Bundesrepublik gibt den einzelnen Bundesländern eine hohe, künftig wahrscheinlich noch zunehmende Verantwortung für Umfang, Inhalt und Qualität der Bildung ihrer Landeskinder. Die Hochschulen, finanziert von den jeweiligen Ländern, werden in erheblichem Umfang von den Landeskindern nachgefragt – wenn auch mit deutlichen Unterschieden zwischen den Ländern. In Sachsen-Anhalt rekrutieren sich die Studierenden derzeit zu rd. 56 %, die StudienanfängerInnen zu rd. 53 % aus Landeskindern (berechnet nach Statistisches Landesamt 2005b). Demografische Entwicklungen in den einzelnen Ländern haben – neben anderen Faktoren – damit zwangsläufig direkte Auswirkungen auf die Nachfrage nach Studienplätzen. Anzahl und Struktur der Wohnbevölkerung in einem Land bzw. in bestimmten sozialen Räumen werden maßgeblich von der Migration und der Geburtenentwicklung beeinflusst.

3.1 Bevölkerungsentwicklung

Sachsen-Anhalt zählt derzeit 2,494 Mill. Einwohner. Seit 1990 hat sich die Anzahl um rd. 14 % verringert.⁹ Ein Grund dafür liegt in der anhaltenden Abwanderung der Bevölkerung und der im Vergleich dazu geringeren Zuwanderung (negatives Wanderungssaldo). Insbesondere Anfang der neunziger Jahre und ab Ende der neunziger Jahre verringerte sich dadurch die Bevölkerungszahl kontinuierlich. Gründe dafür sind bekanntermaßen die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit, einer Ausbildung oder eines Studiums außerhalb von Sachsen-Anhalt (Gerloff 2004: 31), verursacht durch den starken Abbau von Arbeitsplätzen und die – trotz der Abwanderungen – konstant hohe Arbeitslosenquote mit derzeit rd. 20 %. Für die weitere Entwicklung des Bildungswesens im Land sind vor allem die Struktur der Migranten und der verbleibenden Bevölkerung, differenziert nach Alter, Geschlecht, Bildungs- und Qualifikationsniveau von Bedeutung. Die abwandernde Bevölkerung ist zu rd. 60 % jünger als 30 Jahre (Gerloff/Dienel 2003: 57). Das heißt, unter dem Abwandernden befinden sich überproportional viele Menschen, die zur Gruppe der tatsächlichen oder potentiellen Eltern zählen. Die Migration gerade dieser Altersgruppe stellt damit – neben den seit 1990 allgemeinen Veränderungen im Reproduktionsverhalten in den neuen Bundesländern – eine wichtige Ursache für den bisherigen Rückgang der Geburtenzahlen in Sachsen-Anhalt dar. Auch für künftige Geburtenjahrgänge reduziert sich damit die natürliche Reproduktionsbasis (Kinder, die im Alter von 5 Jahren mit ihren Eltern aus Sachsen-Anhalt abwanderten und heute 20 Jahre alt sind, fehlen in den kommenden Jahren als potentielle Eltern im Land).

Verstärkt wird das Problem durch die (bislang für Migrationen untypische) überproportionale Abwanderung von Frauen, vor allem in der Altersgruppe der 15- bis 25jährigen und einen geringen Anteil der Frauen unter den Zuwanderungen (Gerloff/Dienel 2003: 54). Bei

⁹ <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/Internet/script/print/printversion.php>.

der im Land verbleibenden jüngeren Bevölkerung ist der Anteil der männlichen Bevölkerung höher als der der Frauen (Männerüberschuss).

Überdurchschnittlich hoch ist der Bildungs- und Qualifikationsstand der – vorwiegend jungen weiblichen – abwandernden Bevölkerung. 44% haben ein Abitur (Gerloff 2004: 35) und eine darauf aufbauende hohe berufliche Qualifikation bzw. nehmen damit ein Studium auf. Einerseits liegt die Reproduktionsziffer der qualifizierten Frauen (z.B. Akademikerinnen durchschnittlich mit 0,8 Kindern je Frau) (Scharein/Unger 2005) unter der durchschnittlichen Quote, die in Sachsen-Anhalt mit 1,1 (durchschnittliche Kinderzahl je Frau) ohnehin sehr niedrig ist (Gerloff/Dienel 2003: 54). Der Verlust eben dieser Frauen scheint für die Reproduktion im Land auf den ersten Blick weniger dramatisch zu sein. Berücksichtigt man allerdings, dass Studienberechtigte und Studierende bekanntermaßen – und das lange vor den PISA-Untersuchungen – überproportional stark aus bildungsnahen sozialen Schichten kommen, könnten daraus erhebliche Probleme für den Zugang zu hoher allgemeiner und hochschulischer Bildung erwachsen. Die letzten Berechnungen des sog. „Bildungstrichters“ des Deutschen Studentenwerks ergaben, dass von 100 Kindern aus der oberen Sozialschicht 81 den Zugang an Hochschulen erreichen, in der unteren Sozialschicht sind es 11 von 100 Kindern (Isserstedt/Middendorf/Weber/Schnitzer/Wolter 2003: 119).

3.2 Geburtenentwicklung

Die Anzahl der Geburten ist in Sachsen-Anhalt – ähnlich wie in den anderen neuen Bundesländern – stark rückläufig. Betrug sie 1989 noch rd. 31 TSD, waren es 2004 nur noch rd. 16 TSD (Statistisches Landesamt 2005a), was einen Rückgang um rd. 52 % markiert. Hauptursache dafür ist einerseits die benannte Abwanderung, die sich aufgrund der angesprochenen alters-, geschlechts- und schichtspezifischen Komponenten verstärkt auf die Geburtenentwicklung auswirkt. Andererseits ist die Bereitschaft zur Familiengründung deutlich gesunken. Die Reproduktionsziffer in den neuen Bundesländern ist von 1,5 im Jahre 1990 auf 1,2 im Jahr 2000 zurückgegangen (Konietzka/Kreyenfeld 2004: 128). Die geringe Reproduktionsziffer (für die einfache Reproduktion ist eine durchschnittliche Kinderzahl von 2,1 Kindern je Frau erforderlich) deutet in Verbindung mit dem im Durchschnitt stark gestiegenen Alter der Frauen bei der Erstgeburt auf den Trend zur späten Kleinfamilie. Selbst wenn es kurzfristig anhand der von der Bundesregierung geplanten familienpolitischen Maßnahmen gelingen sollte, diesen Trend zu stoppen, wäre das frühestens ab dem Jahr 2027 für den Zugang zu den Hochschulen von Relevanz und kann damit zunächst vernachlässigt werden.

Für Abschätzungen zur kurz- und mittelfristigen Entwicklung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen aus dem Kreis der Landeskinder stellen die Bevölkerungszahlen im Alter von 0 bis unter 20 bzw. 21 Jahren die erste Grundlage dar. Nachfolgende Berechnungen basieren auf dem Status Quo, also auf der Annahme, dass die Anzahl in diesen Altersgruppen relativ konstant bleibt¹⁰. Allerdings kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass es auch in den kommenden Jahren zeitweise wieder zu einer stärkeren Abwanderung der Bevölkerung

¹⁰ Dabei wird die natürliche Sterblichkeit anhand der statistischen Sterbeziffern berücksichtigt.

kommt und keine ausgleichende Zuwanderung erfolgt. Innerhalb der zurückliegenden drei Jahre war die Abwanderung rückläufig. Nachdem 2001 der Wanderungsverlust mit über 23 Tsd. die höchsten Werte seit 1991 erreichte, ging er seitdem wieder zurück (Statistisches Landesamt 2005c, May 2005). Aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftemangels in den kommenden Jahren (vgl. Lutz 2004) könnte die Abwanderung tatsächlich gestoppt werden.

Rund 44 % der Studierenden an den Hochschulen Sachsen-Anhalts (siehe unten Übersicht 6) kommen derzeit ähnlich wie in den Vorjahren aus anderen, insbesondere den angrenzenden Bundesländern Sachsen, Brandenburg und Niedersachsen. Damit wird die hohe Quote der Bildungsabwanderung zumindest teilweise ausgeglichen (siehe Abschnitt 4.4). Setzt man hier ebenfalls den Status Quo an, ist damit die demografische Entwicklung auch in den anderen Bundesländern für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt von Bedeutung. Für die Gesamtheit der neuen Bundesländer gilt, dass sich die Anzahl der Geburten ab 1990 insgesamt etwa halbiert hat, wenn auch mit leichten Unterschieden zwischen diesen Ländern. Die Ursachen dafür entsprechen im Wesentlichen den für Sachsen-Anhalt genannten (Abwanderung und Absinken der Reproduktionsziffer). Damit muss in den kommenden Jahren allein aus demografischer Sicht für Sachsen-Anhalt auch mit rückläufigen Studienanfängerströmen aus den anderen neuen Bundesländern gerechnet werden, obwohl die Studienberechtigtenquoten und -zahlen natürlich auch erheblich von den bildungspolitischen Zielen und Schulstrukturen in den einzelnen Ländern abhängen¹¹.

Anders als in den neuen Bundesländern verlief in den zurückliegenden Jahren die demografische Entwicklung in der Mehrzahl der alten Bundesländer. Die Bevölkerungszahlen sind insgesamt leicht gestiegen (vor allem aufgrund von Zuwanderung aus dem In- und Ausland), insbesondere in den Jahrgängen im reproduktionsfähigen Alter. Trotz der ebenfalls für die einfache Reproduktion zu geringen Reproduktionsziffer von rd. 1,3 stiegen damit die absoluten Geburtenzahlen seit 1990 an. In Abhängigkeit von den bildungspolitischen Entwicklungen in den einzelnen alten Bundesländern ist dort, nicht zuletzt auch wegen der zeitlich gestaffelten Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Jahre in den kommenden Jahren mit einem erheblichen Anstieg der Studienberechtigtenzahlen und der Studienbewerber zu rechnen (siehe Abschnitt 4.2).

¹¹ Die einzigen beiden neuen Bundesländer, die aufgrund der Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Jahre in einem Jahr zwei Abiturjahrgänge hervorbringen werden, sind Sachsen-Anhalt selbst (2007) und Mecklenburg-Vorpommern (2008), das aber wegen seiner räumlichen Distanz zu Sachsen-Anhalt und geringen Bevölkerungszahl wohl nicht sehr ins Gewicht fallen dürfte. 2011 kommt im Nachbarland Niedersachsen ein doppelter Abiturjahrgang hinzu.

4. Entwicklungsszenarien

4.1 Studienberechtigtenquoten

Zwischen 1980 und 2004 hat sich in Deutschland der Anteil der Studienberechtigten am durchschnittlichen Altersjahrgang insgesamt von 22,2 % auf 41,5 % erhöht (siehe Übersicht 1), das entspricht einer Steigerung auf das 1,85-fache. Diese Steigerung wurde vorwiegend durch die höhere Inanspruchnahme der Bildung zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in den Flächenstaaten erreicht. Die bekannten Unterschiede zwischen Stadt- und Flächenstaaten haben sich damit im genannten Zeitraum deutlich reduziert. Dahinter stehen Entwicklungen, die die gewachsene Attraktivität von hoher Bildung auch in den eher universitätsfernen sozialen Räumen und in bislang eher bildungsfernen sozialen Schichten markieren – trotz der nach wie vor bestehenden Unterschiede. In den Stadtstaaten hat die Studienberechtigtenquote innerhalb der genannten Zeit von 33,6 auf 43,8 % (damit auf das knapp 1,3-fache) zugenommen, in den Flächenstaaten von 21,6 auf 39,5 %. Dieser Anstieg zeigt sich relativ kontinuierlich in sämtlichen alten Bundesländern (Statistisches Bundesamt 2004; 2005: 18).

Wesentlich anders verlief die Entwicklung in den neuen Bundesländern. Nachdem seit 1990 der Zugang zu den zur HZB führenden Bildungseinrichtungen erstmalig frei möglich war, wurde diese Möglichkeit euphorisch in Anspruch genommen (bis dato konnten nur rd. 16% eines Altersjahrgangs auf direktem Wege eine HZB erlangen). Mitte der neunziger Jahre erreichten die Studienberechtigtenquoten in sämtlichen neuen Bundesländern mit Werten von 36,8 bis 42,5 % sogar ein höheres Niveau als in den meisten alten Bundesländern und Deutschland insgesamt (36,4 %). In den folgenden Jahren sanken sie aber (gegenläufig zur Tendenz in den alten Bundesländern) wieder ab, etwa seit 2000/2001 gibt es einen erneuten Anstieg (siehe Übersicht 1). Allerdings sind die Studienberechtigtenquoten in den neuen Bundesländern derzeit noch immer geringer als die durchschnittlichen Werte für Deutschland insgesamt (41,5 %). Sie entsprechen etwa dem Niveau, das in den alten (Flächen-)Bundesländern im Durchschnitt Anfang der neunziger Jahre bestand.

Übersicht 1:

Entwicklung der Studienberechtigtenquoten (%) in Deutschland insgesamt und in den neuen Bundesländern, 1980 - 2004

| Jahr | Brandenburg | Mecklenburg-Vorpommern | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Thüringen | Deutschland |
|------|-------------|------------------------|---------|----------------|-----------|-------------|
| 1980 | . | . | . | . | . | 22,2 |
| 1985 | . | . | . | . | . | 27,9 |
| 1990 | . | . | . | . | . | 31,4 |
| 1995 | 36,8 | 37,9 | 42,5 | 39,1 | 41,1 | 36,4 |
| 1999 | 36,7 | 29,7 | 34,0 | 32,6 | 35,4 | 37,3 |
| 2000 | 36,1 | 30,3 | 32,9 | 34,0 | 36,1 | 37,2 |
| 2001 | 36,0 | 7,4 | 33,8 | 8,5 | 34,7 | 36,1 |
| 2002 | 37,3 | 28,8 | 32,9 | 32,8 | 34,2 | 38,2 |
| 2003 | 36,3 | 28,0 | 33,2 | 32,9 | 36,4 | 39,2 |
| 2004 | 39,9 | 29,2 | 36,3 | 34,4 | 38,9 | 41,5 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (2004; 2005: 18)

Es ist damit zu rechnen, dass sich der seit 2000/2001 erkennbare Trend zum Wiederanstieg der Studienberechtigtenquote in den neuen Bundesländern, auch in Sachsen-Anhalt, weiter fortsetzen wird. Die aktuellen Schülerzahlen in der gymnasialen Oberstufe deuten trotz der noch ausstehenden Abiturprüfungen auf höhere Studienberechtigtenquoten. Dieser Trend erklärt sich aus einer sich wandelnden Haltung auch in bildungsferneren Schichten zu Bildung und Qualifikation. Empirische Untersuchungen von HoF Wittenberg an Gymnasien zeigen eine gegenüber den Vorjahren deutlich höhere Bildungsbeteiligung aus eher bildungsfernen Familien (Lischka 2006). Die durch viele empirische Befunde gestützte Einsicht, dass ein möglichst hochwertiger Bildungsabschluss auch in Krisenzeiten der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ist (Rehberg/Hummel 2005), wird zunehmend zum Bestandteil des handlungsleitenden Allgemeinwissens aller Bevölkerungsschichten.¹²

Vor diesem Hintergrund liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, dass die Studienberechtigtenquote in Sachsen-Anhalt in den kommenden Jahren weiter steigt. Für die prognostischen Berechnungen wird ein linearer Anstieg in zwei unterschiedlichen Tempi angesetzt, um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte pro Jahr (Variante I) bzw. um 0,4 Prozentpunkte (Variante II). Tatsächlich folgen solche Prozesse selten linearen Verlaufsmustern, vielmehr sind Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren – meist hervorgerufen durch aktuell veränderte soziale Bedingungen – eher wahrscheinlich. Diese können allerdings kaum prognostiziert werden, deshalb kann nur mit Linearitäten im Sinne von Trends gerechnet werden. Die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit sprechen eher für den schnellen Anstieg der Studienberechtigtenquoten um jährlich durchschnittlich 0,4 %.

Ausgehend von den aktuellen absoluten Zahlen für Sachsen-Anhalt, die bezogen auf den Altersjahrgang der 19- bis unter 20jährigen für 2005 eine Studienberechtigtenquote von

¹² Eine ausgeprägt „pragmatisch-instrumentelle“ Einstellung gegenüber der Zukunft identifiziert die HIS-GmbH in einer repräsentativen Befragung bei drei Viertel der Studienberechtigten des Jahrgangs 2005 (Heine/Scheller/Willich 2005: 6).

34,2 % ergibt (Berechnungen anhand Statistisches Landesamt 2005a und b), resultieren ich daraus für die kommenden Jahre folgende Studienberechtigtenquoten I und II (siehe Übersicht 2 sowie Anhang 2, Tabelle 2). Das sind zurückhaltende, u.E. aber für Sachsen-Anhalt realistischer erscheinende Annahmen gegenüber den vom Wissenschaftsrat formulierten Zielen einer durchschnittlichen Studienberechtigtenquote von 50% bzw. Hochschulabsolventenquote von 35 % (Wissenschaftsrat 2006a: 5).

Übersicht 2:

Angenommene Entwicklung der Studienberechtigtenquoten in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2020

| Jahr | Studienberechtigtenquote, Variante I (Anstieg 0,2% p.a.) | Studienberechtigtenquote, Variante II (Anstieg 0,4% p.a.) |
|------|--|---|
| 2005 | 34,2 | 34,2 |
| 2010 | 35,2 | 36,2 |
| 2015 | 36,2 | 38,2 |
| 2020 | 37,2 | 40,2 |

Quelle: Eigene Berechnungen HoF

Ein Rückgang des Anteils der Studienberechtigtenquote in Sachsen-Anhalt, wie er sich aus dem Prognosemodell der KMK (2005) ergibt, ist aus unserer Sicht nicht plausibel. In den zurückliegenden Jahren stieg die Quote der Studienberechtigten in Sachsen-Anhalt ähnlich wie auch die Quote der Studierwilligkeit stetig an. Das und die empirischen Befunde zu Gründen der Entscheidung für gymnasiale und für Hochschulbildung sprechen dafür, dass die Wertschätzung von hoher Bildung und Qualifikation gestiegen ist – auch in bildungsfernen sozialen Schichten. Nach unseren Erfahrungen sind in der Bevölkerung Informationen und Erfahrungen verinnerlicht worden, dass einfache Arbeit eher als anspruchsvolle reduziert wird, Anforderungen und der Umfang qualifizierter Arbeit aber wachsen werden. In zunehmendem Maße wird deshalb auch nach Abschluss beruflicher Qualifikationen eine HZB erworben. In die Hochrechnungen der KMK auf der Basis der Schülerzahlen geht das nicht ein. Dementsprechend weist die KMK-Prognose für das Jahr 2010 eine Studienberechtigtenquote von nur 29,8 % am durchschnittlichen Altersjahrgang aus (Kultusministerkonferenz 2005: 12*), die Prognosen von HoF Wittenberg setzen dagegen für 2010 Werte zwischen 35,2 % und 36,2 % an. Folglich variieren die Studienberechtigtenzahlen.¹³

¹³ Auf eine Unterscheidung in allgemeine Hochschul- und Fachhochschulreife, wie sie in den Prognosen der KMK erfolgt, wurde in den Berechnungen des HoF für Sachsen-Anhalt verzichtet. Rd. 40 % der Studienplätze in Sachsen-Anhalt stehen an Fachhochschulen zur Verfügung, gleichzeitig liegt aber der Anteil der Studienberechtigten mit einer Fachhochschulreife mit ca. 6 % an den einzelnen Altersjahrgängen bzw. ca. 18 % an allen Studienberechtigten des Landes deutlich unter den entsprechenden Anteilswerten der alten Bundesländer. An den Fachhochschulen studieren deshalb zu mehr als der Hälfte Studienberechtigte mit einer allgemeinen Hochschulreife. Eine differenzierte Berechnung ergäbe keinen wesentlichen Erkenntnisgewinn für die Lösung der in den kommenden Jahren anstehenden Probleme beim Zugang zu den Hochschulen.

4.2 Anzahl der Studienberechtigten

Neben der relativen Studienberechtigtenquote ist die absolute Stärke der einzelnen Altersjahrgänge als Ausgangsbasis für mögliche quantitative Entwicklungen des Hochschulzugangs zu berücksichtigen (siehe Anhang 2, Tabelle 1). Für den Zugang zu den Hochschulen bis zum Jahr 2020 ist die Stärke der Geburtsjahrgänge ab 1985 relevant: Bedingt durch die in Abschnitt 3 beschriebenen demografischen Entwicklungen wurden in Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 mit 17.277 Geburten nur reichlich 50 % der Stärke des Geburtsjahrgangs 1985 mit 34.082 Geborenen erreicht (Statistisches Landesamt 2005a: 5). Ausgehend davon wird (unter Berücksichtigung der natürlichen Sterblichkeit) die Stärke des Geburtsjahrgangs im Alter von 18 bzw. 19 Jahren, differenziert nach 12- bzw. 13-jähriger Schulzeit bis zum Erwerb der HZB (Hochschulzugangsberechtigung) festgestellt, um auf dieser Basis die durchschnittliche Stärke von 3 Altersjahrgängen (ab 2007: 18 bis unter 21-jährige) zu ermitteln. Mit diesem üblichen Näherungsverfahren werden zeitliche Verzögerungen bis zum Erwerb der HZB zumindest näherungsweise berücksichtigt (Erwerb der HZB nach einer Berufsausbildung, Wiederholen von Klassenstufen usw.). Entscheidend zur Ermittlung des tatsächlichen Potentials für Hochschulbildung ist der Anteil der Studienberechtigten, ausgedrückt in Studienberechtigtenquoten (Anteil mit einer HZB).

Nach unseren Annahmen und Berechnungen ist im Jahr 2006 in Sachsen-Anhalt mit 11.570 bis 11.770 Studienberechtigten zu rechnen. Das entspricht auch den Berechnungen in der aktuellen KMK-Prognose. Für das Jahr 2010 weist die HoF-Berechnung einen Korridor zwischen rd. 9.400 und 9.650 Studienberechtigten aus. Die KMK-Prognose prognostiziert lediglich 6.540 Studienberechtigte, eine gravierende Differenz (siehe Übersicht 3 sowie Anhang 2, Tabelle 3). Die nach Einschätzung des HoF notwendige Korrektur der KMK-Prognose für Sachsen-Anhalt ergibt sich aus den unterschiedlichen Annahmen über die Studienberechtigtenquoten, die im vorherigen Abschnitt dargelegt wurden.

Übersicht 3:

Entwicklung der Anzahl der Studienberechtigten in Sachsen-Anhalt bei unterschiedlichen Prognoseszenarien

| Jahr | Anzahl der Studienberechtigten | | |
|------|--------------------------------|------------------|----------|
| | HoF, Variante I | HoF, Variante II | KMK 2005 |
| 2005 | 11.600 | 11.600 | 11.720 |
| 2010 | 9.400 | 9.650 | 6.400 |
| 2015 | 5.200 | 5.500 | 5.000 |
| 2020 | 6.500 | 7.000 | 5.580 |

Quelle: Eigene Berechnungen HoF und KMK (2005: 9*)

Ungeachtet der Unterschiede zwischen den einzelnen Prognoseszenarien wird aus Übersicht 3 aber auch der grundlegende Tatbestand deutlich, dass die Studienberechtigtenzahlen in Sachsen-Anhalt in den kommenden 15 Jahren das derzeitige Niveau nicht mehr erreichen, in 10 Jahren sogar nur noch rd. 44 bis 49 % der aktuellen Zahlen betragen werden.

An dieser Stelle drängt sich bereits die Frage auf, wie mit dieser Situation umgegangen werden kann und muss. Ohne Antworten darauf vorwegnehmen zu können, sei hier auf die Situation in anderen Bundesländern verwiesen. Ähnlich wie in Sachsen-Anhalt werden sich die Studienberechtigtenzahlen auch in den anderen neuen Bundesländern entwickeln. Auch dort muss mittelfristig mit einem ähnlichen Rückgang, teilweise bis auf weniger als die Hälfte der aktuellen Studienberechtigtenzahlen, gerechnet werden (siehe Übersicht 4).

Übersicht 4:

Relative Entwicklung der Studienberechtigtenzahlen in den neuen Bundesländern gegenüber 2003

| Jahr | Brandenburg | Mecklenburg-Vorp. | Sachsen | Sachsen-Anhalt | Thüringen | Bundesgebiet insges. |
|--------|-------------|-------------------|---------|----------------|-----------|----------------------|
| Anzahl | | | | | | |
| 2003 | 13.400 | 7.400 | 19.200 | 11.500 | 12.200 | 369.500 |
| Anteil | | | | | | |
| 2003 | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % | 100 % |
| 2005 | 104 % | 103 % | 112 % | 102 % | 101 % | 105 % |
| 2010 | 84 % | 55 % | 68 % | 56% | 57 % | 111 % |
| 2015 | 51 % | 50 % | 54 % | 44% | 49 % | 102 % |
| 2020 | 60% | 51 % | 61 % | 49 % | 52 % | 96 % |

Quelle: KMK (2005: 11*)

In der gleichen Zeit steigen aber die Studienberechtigtenzahlen in Deutschland insgesamt. Nach der Prognose der KMK (2005: 11*) könnten sie im Jahr 2010 um insgesamt 11 % höher sein als im Bezugsjahr 2003. Besonders hoch ist der prognostizierte „normale“ Anstieg in einzelnen alten Bundesländern wie in Niedersachsen bis auf 134 %, Schleswig-Holstein bis auf 122%, Nordrhein-Westfalen bis auf 115 % – allein schon in den Jahren außerhalb der Umstellung von 13 auf 12 Schuljahre. Überlagert wird diese Entwicklung aber zusätzlich durch die annähernde Verdopplung der Studienberechtigtenzahlen eben in jenen Jahren der Schuldauerumstellung (2010 bis 2014). Vor allem in Jahren, in denen mehrere oder sehr bevölkerungsreiche Bundesländern (wie NRW) diese Umstellung durchführen, variieren damit die Studienberechtigtenzahlen in den alten Bundesländern insgesamt um bis zu 60 TSD gegenüber den Vorjahren (siehe Übersicht 5). Diese Diskontinuität könnte zu einem Problem werden, sofern es nicht rechtzeitig gelingt, entsprechende Kapazitäten zu erschließen.

Neben dem relativen Anstieg der Studienberechtigtenzahlen sind die absoluten Werte von Interesse, da sich die Bevölkerungsstärken der einzelnen Bundesländer erheblich unterscheiden. Geht man vom Bezugsjahr 2003 aus, bedeutet ein Rückgang der Studienberechtigtenzahlen in Sachsen-Anhalt von 11.500 auf 56 % in 2010 einen Verlust von 5.100 Studienberech-

tigten. In den bevölkerungsreicheren Bundesländern wie NRW resultiert aus einem relativen Anstieg von „nur“ 10 % dagegen eine absolute Zunahme um rd. 9.400 Studienberechtigte. Bundesweit sind im Jahre 2010 nach den Berechnungen der KMK im Saldo deutlich mehr Studienberechtigte als 2003 zu erwarten, und zwar trotz des prognostizierten Rückganges in den neuen Bundesländern (siehe Übersicht 5). Das macht deutlich, dass die Hochschulen in beiden „Teilen“ Deutschlands vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Die einen erwarten einen Anstieg, die anderen einen Rückgang der einheimischen Nachfrage nach Studienplätzen. Wenn es gelingt, diese Gegenläufigkeit produktiv zu nutzen, könnte das eine Chance für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt und den anderen neuen Bundesländern sein.

Übersicht 5:

Absolute Veränderungen der Anzahl der Studienberechtigten in Deutschland gegenüber dem Jahr 2003

| Jahr | Neue Bundesländer | | Alte Bundesländer (inkl. Berlin) | Bundesgebiet insgesamt |
|------|-------------------|-------------|-------------------------------------|---------------------------|
| | insgesamt | darunter ST | | |
| 2005 | + 3.700 | + 200 | + 13.900 | + 17.300 |
| 2010 | - 21.900 | - 5.100 | + 60.800 | + 38.900 |
| 2015 | - 31.800 | - 6.500 | + 41.800 | + 10.000 |
| 2020 | - 28.200 | - 5.900 | + 14.700 | - 13.500 |

Quelle: Berechnungen nach KMK (2005: 9*)

4.3 Übergang ins Studium

Der Anteil der Studienberechtigten, die tatsächlich ein Studium aufnehmen, ist aufgrund des dafür relativ breiten Zeitfensters, der zwangsläufigen Überlappung von mehreren Studienberechtigtenjahrgängen und der diesbezüglich nur bedingt zuverlässigen statistischen Erfassung nur näherungsweise auszumachen. Unterschiedliche empirische Erhebungen geben jedoch Anhaltspunkte, sowohl für retrospektive als auch für prognostische Einschätzungen.

Erste, für mittelfristige Prognoserechnungen bislang relativ zuverlässige Daten liefern langjährige Befragungen in den 10/11 und 12/13 Klassenstufen, die in regelmäßigen Abständen von Hof Wittenberg durchgeführt worden sind (Lischka 1997, 1998, 1999, 2003, 2006). Sie erfassen die Absicht, nach Erwerb der HZB ein Studium aufzunehmen. Der Anteil derer, die aussagen, „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich“ studieren zu wollen, lässt sich als *Studierwilligkeitsquote* fassen. Die von der HIS-GmbH ermittelten Quoten, die kurz vor dem Erwerb der HZB erhoben werden, werden dagegen als *Studienabsichtsquoten* oder *Studierneigung* bezeichnet (Heine/Scheller/Willich 2005: 5). Als *Bruttostudierquoten* wurden im Unterschied dazu in früheren HIS-Erhebungen jene empirisch ermittelten Anteile von Studienberechtigten bezeichnet, die ein halbes Jahr nach Erwerb der HZB bereits ein Studium begonnen haben oder aber noch die Absicht dazu haben. Näherungsweise ermittelte Relationen zwischen der Anzahl der Studienanfänger in einzelnen Kalenderjahren und der Anzahl

der Studienberechtigten aus den drei bzw. vier dafür in erster Linie in Frage kommenden Studienberechtigtenjahrgängen werden dagegen als *Übergangs- bzw. Übertrittsquoten* ausgewiesen.

Die genannten vier Quoten erwiesen sich in den vergangenen Jahren unter den Bedingungen eines relativ freien und quantitativ unbegrenzten Zugangs zu den Hochschulen als in hohem Maße übereinstimmend und aussagekräftig für unterschiedliche Zeithorizonte. Inwieweit das auch weiterhin gilt, wird unter anderem von den künftigen Bedingungen der Zulassung zum Hochschulstudium abhängen. Das betrifft insbesondere die Anzahl der verfügbaren Studienplätze.

Die aktuellen durchschnittlichen Studierwilligkeitsquoten betragen nach den Untersuchungen von HoF in den neuen Bundesländern z. Zt. ca. 83 % (Mitte der neunziger Jahre durchschnittlich nur 64 %) und 80 % in Niedersachsen (Lischka 2006). Von HIS durchgeführte Untersuchungen für den Studienberechtigtenjahrgang 2005 decken sich weitgehend mit diesem Befund.¹⁴ Von sämtlichen Bundesländern ist nach den Befragungen von HIS die Studierneigung in Sachsen-Anhalt mit 74 bis 84% sogar am höchsten. Aufgrund der empirischen Untersuchungen des HoF ist bekannt, dass in Sachsen-Anhalt die Studierwilligkeit in den neunziger Jahren sogar bis auf 62 % gesunken war, stärker als in den meisten neuen Bundesländern. 1998 betrug sie 64 %. Empirische Erhebungen 2001/02 ergaben dann einen sprunghaften Anstieg auf 80 %, der sich folgend auch in gestiegenen Bewerber- und Zulassungszahlen niederschlug. Im Jahr 2005 wurden in den Klassenstufen 12/13 sogar 85 % und in den Klassenstufen 10/11 ca. 81 % ermittelt (Lischka 2006). Auch dabei bestätigte sich der gegenüber anderen Bundesländern besonders starke Anstieg in jüngster Vergangenheit.

Die Bruttostudierquoten lagen in den neunziger Jahren zwischen 65 und 75% in den alten und zwischen 60 und 70 % in den neuen Bundesländern. Das war die Grundlage dafür, dass in älteren prognostischen Abschätzungen der KMK nur mit Übergangsquoten von minimal 65, maximal 75 % gerechnet wurde – ohne Unterschiede nach den einzelnen Bundesländern. Ab 1998 wurden die Quoten auf eine Bandbreite von 70 bis 80% festgesetzt (KMK 1998). Diese Berechnungsgrundlage wurde bis 2003 beibehalten - was vermutlich mit zur Unterschätzung der benötigten Studienplatzkapazitäten an den Hochschulen und damit zur Zunahme von Zulassungsbeschränkungen geführt hat (KMK 2003). In ihrer jüngsten Prognose bis 2015 rechnet die KMK nun für sämtliche Bundesländer mit durchschnittlichen Übergangsquoten von minimal 75 % und maximal 85 % (KMK 2005).

Diese Befunde decken sich mit unserem Ansatz, auch den Berechnungen für Sachsen-Anhalt Übergangsquoten in der Bandbreite von 75 bis 85 % zugrunde zu legen. Im Ergebnis

¹⁴ Die HIS-Autoren weisen für die neuen Bundesländer eine Studierneigung „in weiter Definition“ von 81 % bis 90 % (Minimum-Maximum), für die alten Bundesländer von 77 % bis 87 % aus, wobei auch Berufsakademien und Verwaltungsfachhochschulen. Bei „enger Definition“ (nur Universitäten und Fachhochschulen) liegt die ermittelte Studierneigung in den alten Bundesländern zwischen 62 % und 71 %, in den neuen Bundesländern bei 63 % bis 72 %.

Zwischen den einzelnen neuen Bundesländern gibt es allerdings erhebliche Unterschiede hinsichtlich der von HIS für den Abiturjahrgang 2005 ermittelten Studienabsichten („enge Definition“): Sachsen-Anhalt liegt hier mit einem Studienabsichtskorridor von 74-84 % deutlich an der Spitze, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (64-77 %), Sachsen (64-72 %), Brandenburg (56-66 %) und Thüringen (49-59 %). Eine überzeugende Erklärung für diese beträchtlichen Unterschiede auf der Grundlage ihres empirischen Materiales liefern die Autoren nicht (Heine/Scheller/Willich 2005: 13 u. 35).

ist davon auszugehen, dass in Sachsen-Anhalt die Anzahl der Landeskinder, die ein Studium aufnehmen werden (Studienanfängerpotential des Landes), zunächst noch steigt. Das gilt logischerweise in ganz besonderem Maße für den doppelten Studienberechtigtenjahrgang 2007 (Umstellung von 13 auf 12 Schuljahre) mit Zahlen von rd. 18.000 bis 20.500 potentiellen Studienanfängern. Der Rückgang in den folgenden Jahren folgt dem demografisch bedingten Absinken der Studienberechtigtenzahlen, jeweils mit Anteilswerten von 75 bis 85 % für den Übergang an die Hochschulen (siehe Anhang 2, Tabelle 3).

4.4 Bildungswanderung und Anzahl der StudienanfängerInnen

Die Zahl der StudienanfängerInnen, die schließlich tatsächlich ein Studium an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt beginnen, hängt neben der zeitlichen Verzögerung des Studienbeginns nach dem Erwerb der HZB in entscheidendem Maße vom Umfang der Bildungswanderung ab. Sachsen-Anhalt zählt mit zu den Bundesländern, für die die Bildungswanderung eine wesentliche Bedeutung hat. Das betrifft sowohl die Abwanderung als auch die Zuwanderung. Auch wenn die Studienanfänger- und Studierendenzahlen in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind, blieben einige strukturelle Merkmale doch relativ stabil.

Das gilt vor allem für die studierenden Landeskinder. Ähnlich wie bei der Gesamtbevölkerung wandern hohe Anteile der studierwilligen Landeskinder ab. Die Gründe dafür sind, wie die regelmäßigen Befragungen des HoF (vgl. Lischka 1997; 1999; 2003; 2006) erkennen lassen, in starkem Maße von der Sorge um die künftigen Arbeitsmarktchancen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten getragen. Diese Anteile bewegen sich relativ stabil bei Anteilswerten zwischen 40 und 45 %. Im Unterschied zu den neunziger Jahren ist in den letzten Jahren eine verstärkte Zuwanderung von StudienanfängerInnen und Studierenden aus anderen Bundesländern zu konstatieren, so dass der negative Wanderungssaldo bei den Studienanfängern mittlerweile auf 6,2 %, bei den Studierenden insgesamt auf 8,2 % gesunken ist. Berücksichtigt man ferner die ausländischen Studierenden in Sachsen-Anhalt, so ergibt sich bei den Studienanfängern sogar ein leichter Wanderungsgewinn (siehe Übersicht 6).

Übersicht 6 :
Studierendenwanderung aus und nach Sachsen-Anhalt (ST),
Wintersemester 2004/05

| StudienanfängerInnen | Studierende |
|--|--|
| <p><u>Wanderungssaldo:</u></p> <p>Sachsen-Anhalt 9.409 Studienanfänger <i>darunter:</i> 8.409 Deutsche 1.000 Ausländer</p> <p>Deutschland insg. 8.968 Anfänger aus ST</p> <p>Wanderungssaldo ST ohne Ausländer: Minus 6,2 %</p> <p>Wanderungssaldo ST mit Ausländern: Plus 4,9 %</p> | <p><u>Wanderungssaldo:</u></p> <p>Sachsen-Anhalt 52.439 Studierende <i>darunter:</i> 48.929 Deutsche 3.510 Ausländer</p> <p>Deutschland insg. 53.281 Studierende aus ST</p> <p>Wanderungssaldo ST ohne Ausländer: Minus 8,2 %</p> <p>Wanderungssaldo ST mit Ausländern: Minus 1,6 %</p> |
| <p><u>Struktur der Studienanfänger in ST:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • 53,1 % aus ST* • 20,9 % aus anderen NBL • 12,6 % aus ABL • 2,8 % aus Berlin • 10,6 % aus Ausland <p><i>NB: 44, % der Studienanfänger mit einer HZB aus ST studieren in einem anderen Bundesland.</i></p> | <p><u>Struktur der Studierenden in ST:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • 56,1 % aus ST* • 20,6 % aus anderen NBL • 13,9 % aus ABL • 2,7 % aus Berlin • 6,7 % aus Ausland <p><i>NB: 42,8 % der Studierenden mit einer HZB aus ST studieren in einem anderen Bundesland.</i></p> |
| <p><u>Absolute Zahlen:</u></p> <p>Einheimische Studienanfänger* in ST: 5.001 Studienanfänger-Export aus ST nach D: 3.967 Studienanfänger-Import aus D nach ST: 3.417 <i>darunter aus anderen NBL</i> 1.968 <i>darunter aus den ABL u. Berlin</i> 1.449 Studienanfänger-Import aus dem Ausland: 1.000 Studienanfänger-Export ins Ausland: unbekannt</p> | <p><u>Absolute Zahlen:</u></p> <p>Einheimische Studierende* in ST: 29.414 Studierenden-Export aus ST nach D: 22.792 Studierenden-Import aus D nach ST: 19.515 <i>darunter aus anderen NBL</i> 10.810 <i>darunter aus den ABL u. Berlin</i> 8.705 Studierenden-Import aus dem Ausland: 3.510 Studierenden-Export ins Ausland: unbekannt</p> |

* Studierende, die ihre HZB in Sachsen-Anhalt erworben haben

Quelle: Berechnet nach Angaben des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt (2005 b)

Vor dem Hintergrund der in Übersicht 6 dargestellten Befunde wurden prognostische Berechnungen für verschiedene Szenarien durchgeführt, die in Tabelle 4 wiedergegeben sind (siehe Anlage 2): Es wurde dort zunächst davon ausgegangen, dass nicht alle Studienberechtigten ihr Studium unmittelbar nach Erwerb der HZB antreten, sondern zeitlich gestaffelt an die Hochschulen kommen. Über den Zeitpunkt des Studienbeginns nach Erwerb der HZB wurden folgende Erfahrungswerte zugrunde gelegt: Studienaufnahme im ersten Jahr 45 %, im zweiten Jahr 40 %, im dritten Jahr 15 % des jeweiligen Jahrganges.¹⁵ Folgend sind vier Szenarien berechnet worden:

In *Szenario A* wurde für die StudienanfängerInnen in Sachsen-Anhalt eine ausgeglichene Wanderungsbilanz zugrunde gelegt. In *Szenario B* wurde der in Übersicht 6 dargestellte Status Quo des Jahres 2004 (positiver Wanderungssaldo von ca. +5 %) fortgeschrieben. Mit Blick auf die steigenden Studienberechtigtenzahlen in den alten Bundesländern schien es auch interessant, Modelle einer expansiven Zuwanderung durchzurechnen (*Szenario C*: +15 %; *Szenario D*: +20 %). Dabei wurde angenommen, dass mit einer vermehrten Zuwanderung aus den neuen Bundesländern in den kommenden Jahren nicht zu rechnen ist, weil sie sich in einer ähnlichen Situation befinden wie Sachsen-Anhalt (Rückgang der Studienberechtigtenzahlen, Interesse an Bildungszuwanderung, vgl. Übersicht 4). Die von uns hypothetisch angesetzten positiven Zuwanderungssalden von +15 % bzw. +20 % (des jeweiligen Überschusses der Studienberechtigtenzahlen in den alten Bundesländern gegenüber 2003) beziehen sich deshalb auf eine Zunahme der Zuwanderung aus den alten Bundesländern, die aufgrund der dort weiter steigenden Studienberechtigtenzahlen möglich wäre.

Die Modellrechnungen (siehe Anhang 2, Tabelle 4) begründen folgende erste Erkenntnisse:

- Sowohl beim pessimistischen Szenario A (Wanderungssaldo: +/- 0), als auch beim Status-Quo-Szenario B (Wanderungssaldo: + 5 %) ergibt sich bis zum Wintersemester 2009/10 in allen Varianten eine Vollausslastung der Aufnahmekapazität der sachsen-anhaltischen Hochschulen insgesamt.
- Darüber hinaus muss 2007 und 2008 (wegen des doppelten Abiturjahrganges in Sachsen-Anhalt) mit einer deutlichen Überauslastung bzw. mit einem im Vergleich zu heute stark erhöhten Nachfragedruck auf die zur Verfügung stehenden Studienplätze in Sachsen-Anhalt gerechnet werden.
- Eine erhöhte Zuwanderung aus den alten Bundesländern, wie in den Szenarien C und D angenommen, wäre somit im Zeitraum bis zum Wintersemester 2009/10 nicht zu verkraften, wenn man von den zur Zeit vorhandenen Kapazitäten ausgeht.
- Erst ab dem Wintersemester 2010/11 ist nach dieser Modellrechnung in den Szenarien A und B (primär aus demografischen Gründen) ein deutlicher Rückgang der Studienplatz-

¹⁵ Diese Werte entsprechen dem Trend zu einem schnelleren Studienbeginn als in den Vorjahren, der in neueren empirischen Untersuchungen deutlich wurde (Heine/Spangenberg/Schreiber/Sommer 2005: 7; Lischka 2006). Die KMK-Prognose von 2005 schreibt die längere Verzögerung des Studienbeginns fort.

nachfrage aus Sachsen-Anhalt zu erwarten, der eine stärkere Bildungszuwanderung aus den alten Bundesländern gestatten bzw. wünschbar machen würde.

- Um diesem Zusammenhang genauer nachgehen zu können, wurde eine hypothetische Modellrechnung durchgeführt (siehe Anhang 2, Tabelle 5). Sie geht von der Prämisse aus, dass in der Hochschullandschaft Sachsen-Anhalts auch künftig das Niveau des Jahres 2003 (10.925 StudienanfängerInnen p.a.) beibehalten werden soll. Sie beziffert den zusätzlichen Zuwanderungsbedarf, der ab 2006 erforderlich ist, um in Sachsen-Anhalt den Status Quo des Jahres 2003 zu halten (Spalte 2). Es bestätigt sich dabei, dass – aufgrund der Auswirkungen des doppelten Abiturjahrganges von 2007 – für die Bestandserhaltung in Sachsen-Anhalt erst ab 2010/11 eine verstärkte Zuwanderung aus den alten Bundesländern erforderlich wäre. Der prognostizierte Zuwanderungsbedarf in der zweiten Dekade ist relativ stabil und liegt in der Größenordnung von 4.000 – 5.000 StudienanfängerInnen.
- Um abschätzen zu können, ob für eine Zuwanderung in diesem Umfang eine realistische Möglichkeit besteht, wurden in Spalte 3 von Tabelle 5 (Anhang 2) die Zahlen der KMK-Prognose übernommen, die den erwarteten starken Anstieg der Studienberechtigtenzahlen in den alten Bundesländern darstellen. Dabei zeigt sich, dass bereits ab 2007 in den alten Bundesländern wegen der steigenden absoluten Abiturientenzahlen ein erhöhter Handlungsdruck entstehen dürfte. Aus heutiger Sicht kann nicht eingeschätzt werden, inwieweit an den Hochschulen der alten Bundesländer die Lehrkapazitäten so erweitert werden, um der vermehrten Studienplatznachfrage zu entsprechen, und/oder ob es zu einer verstärkten Abwanderung kommen wird. Letzteres ist zumindest nicht auszuschließen. Wie bereits betont, werden in Sachsen-Anhalt allerdings erst ab 2010/11 nennenswerte Kapazitäten für eine verstärkte Zuwanderung aus den alten Bundesländern frei werden.
- Eine Phase erhöhter Zuwanderung von Erstsemestern aus den alten Bundesländern nach Sachsen-Anhalt wäre somit nach unserer hypothetischen „Angebots- und Nachfrage-Bilanz“ von 2011 bis etwa 2015 möglich¹⁶. Danach beginnen (nach dieser Modellrechnung) die Studienberechtigtenzahlen im ganzen Bundesgebiet zu stagnieren. Ab 2018 gehen sie vermutlich überall zurück, so dass sich die Frage des Zugangs zu den Hochschulen dann in sämtlichen Bundesländern neu stellen wird.

Es versteht sich, dass die in diesem Zwischenresümee zusammengefassten Gesichtspunkte mit äußerster Vorsicht zu interpretieren sind, da sie sich lediglich auf Modellrechnungen stützen. Reformaktivitäten von Seiten der Hochschulen, politische Interventionen und weitere Faktoren (wie etwa Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen, Überlastprogramme etc.), die das Studierverhalten junger Menschen beeinflussen können, sind dabei noch nicht berücksichtigt.

¹⁶ Obwohl die von der KMK (2005) prognostizierte Mehrandrang von Studienberechtigten in den alten Bundesländern bereits zwischen 2013 und 2014 von 94.700 auf 43.400 zurückgehen wird, ist davon auszugehen, dass dieser Andrang sich im Verhältnis 45 %, 40 % und 15 % verteilen und deshalb noch bis 2015 auswirken wird.

4.5 Anzahl der Studierenden

Abschätzungen zur Entwicklung der Studierendenzahlen sind mit noch größeren Unsicherheiten behaftet als die zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen, insbesondere aufgrund der nur schwer abschätzbaren Studiendauer und Studienabbrecherzahlen. Aktuell sind diese Unsicherheiten noch erheblich stärker, bedingt durch die Einführung gestufter Studiengänge, fehlende Erfahrungen zu den Studienverläufen, den Studienerfolgen und den Übergangsquoten zum Masterstudium. Auch Annahmen zu künftigen Relationen zwischen konsekutiven und weiterbildenden Studiengängen sind nicht plausibel begründbar. Zudem ist nicht absehbar, in welchem Maße die derzeitigen bildungspolitischen Bemühungen um Konsolidierung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulen Erfolge zeitigen werden.

Vor diesem Hintergrund kann die erfolgte Berechnung der Studierendenzahlen nur ein Bild davon abgeben, wie sich diese entwickeln könnten, falls das Studium im Durchschnitt neun Semester dauern würde (Übersicht 7). Diese relativ kurze Dauer berücksichtigt den hohen Anteil der Studierenden an Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt sowie das hochschulpolitische Ziel, im Zuge der Umstellung auf gestufte Studiengänge einen zügigeren Studienverlauf zu ermöglichen. Inwieweit das eine realistische Annahme oder nur eine Wunschvorstellung ist, kann hier nicht erörtert werden. Zudem verbietet die aktuelle Debatte um Curricularnormwerte, flächen- und personenbezogene Studienplätze (Wissenschaftsrat 2006: 55) eine Umrechnung dieser ohnehin unsicheren Studierendenzahlen auf Studienplätze.

Übersicht 7:

Anzahl der Studierenden in Sachsen-Anhalt bei konstanter Bildungswanderung und bei erhöhter Zuwanderung

| Studienbeginn | „Status quo“ - Bildungswanderung (Szenario B: + 5%) | | Bildungszuwanderung ab 2010 | |
|---------------|--|--------------|-----------------------------|-------------------------|
| | | | (Szenario C: +15%*) | (Szenario D: + 20%*) |
| | Untere Grenze | Obere Grenze | Untere Grenze | Obere Grenze |
| 2007 | 49.800 | 52.700 | 49.800 | 52.700 |
| 2010 | 51.500 | 56.100 | 54.800 | 63.400 |
| 2015 | 31.900 | 36.400 | 46.600 | 57.700 |
| 2020 | 21.900 | 25.400 | 25.500 | 30.200 |

Quelle: eigene Berechnungen HoF

Folgt man dagegen den hypothetischen Berechnungen eines Zuwanderungsbedarfes (siehe Anhang 2, Tabelle 5), so sind in den kommenden Jahren auch relativ stabile Studierendenzahlen möglich. Bezogen auf die Status-Quo-Variante des Basisjahres 2003 von rd. 10.900 jährlichen Studienanfängern (Szenario B) wären das bei durchschnittlich 4,5 Studienjahren rd. 49.000 Studierende.¹⁷ Voraussetzung dafür wäre, wie oben dargelegt, dass ab 2012 eine erhöhte Zuwanderung von jährlich etwa 4.000 bis 5.000 StudienanfängerInnen über das Status-Quo-Niveau hinaus stattfinden würde.

¹⁷ Obwohl die von der KMK (2005) prognostizierte Mehrandrang von Studienberechtigten in den alten Bundesländern bereits zwischen 2013 und 2014 von 94.700 auf 43.400 zurückgehen wird, ist davon auszugehen, dass dieser Andrang sich im Verhältnis 45%, 40% und 15% verteilen und deshalb noch bis 2015 auswirken wird.

5. Ausgewählte Einflüsse auf den künftigen Zugang zu Hochschulbildung

Der Zugang zu den Hochschulen ist in starkem Maße gesellschaftlich determiniert. Ändern sich einzelne äußere Bedingungen erheblich, kann sich das spürbar auf die Inanspruchnahme von Hochschulbildung auswirken. Berechnet man Prognosen ausschließlich auf der Basis des Status Quo, wird das außer Acht gelassen. Nachfolgend sollen zumindest jene sich schon abzeichnenden Veränderungen erörtert werden, die in den kommenden Jahren erstmalig auf die Entscheidung für ein Studium wirken könnten. In den unter Pkt. 4 dargestellten Entwicklungsszenarien sind sie in ihrer angenommenen Wirkung bereits teilweise berücksichtigt worden.

5.1 Europäisierung von Hochschulbildung

Dem politischen Ziel der Schaffung eines europäischen Hochschulraums im Zuge des Bologna-Prozesses sind derzeit unterschiedliche Maßnahmen zuzuordnen. Neben Maßnahmen zur Unterstützung des Auslandsstudiums, des Wissenschaftler austausches, der länderübergreifenden Forschung oder auch der Qualitätssicherung zeigt sich die neue Qualität der Internationalisierung bzw. Europäisierung insbesondere in der Umstellung auf vergleichbare Studiengangsstrukturen (gestufte Studiengänge, Modularisierung) bei einer vergleichbaren Qualität der Studienangebote durch abgestimmte Systeme der Akkreditierung und Bewertung von Studienleistungen.

Es ist anzunehmen, dass dieser Prozess Auswirkungen auf den Zugang zu Hochschulbildung haben könnte. Wenn ja, welche? Eine zuverlässige Antwort darauf ist gegenwärtig nicht möglich. Allerdings bestehen begründete Annahmen, basierend auf bisherigen Erfahrungen und Befunden zum Prozess der Studienentscheidung. Bisher entscheidet sich erst eine Minderheit der StudienanfängerInnen für gestufte Studiengänge. Aktuelle Erhebungen an Gymnasien ergaben, dass von den künftigen Studienberechtigten ca. 4% einen Bachelorabschluss, 7 % einen Masterabschluss, aber 47% einen der traditionellen Studienabschlüsse favorisieren und 42% dazu noch keine Meinung haben (Lischka 2006). Eine Ursache für die erst verhaltene Nachfrage nach den Bachelor-/Master Studienabschlüssen wird in der noch ungenügenden Information und Auseinandersetzung mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten, Vorzügen und Nachteilen gegenüber den traditionellen Studiengängen und –abschlüssen gesehen. In dem Maße, wie die Hochschulen sich auf die Bachelor-/Master-Studienabschlüsse konzentrieren, Erfahrungen mit dem Studium und den Absolventen auf dem Arbeitsmarkt in wesentlich breiterem Umfang als bislang bestehen und publik werden, wird sich das mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit ändern. Nach aller Erfahrung werden sich Studienberechtigte nicht gegen ein Studium entscheiden, nur weil neue noch unbekannte Studienabschlüsse angeboten werden.

Eher umgekehrt: Vor dem Hintergrund der bisherigen Entscheidungsprozesse ist für Sachsen-Anhalt anzunehmen, dass die verstärkte Einführung gestufter Studiengänge die Stu-

dierneigung tendenziell leicht steigern könnte. Dafür spricht die kurze, überschaubarere Studiendauer von 6 bzw. 7 Semestern (das entspricht der Dauer einer Lehre in einem Ausbildungsberuf), die insbesondere für Studienberechtigte aus einkommensschwachen oder bildungsferneren sozialen Schichten die Hürde der Entscheidung für ein Studium (auch vor dem Hintergrund der Diskussion um Studiengebühren) erleichtern könnte. Das könnte einen Teil der Studienberechtigten an die Hochschulen führen, die bisher aufgrund der ihnen zu hoch erscheinenden finanziellen und zeitlichen Aufwendungen davon Abstand nehmen. Immerhin begründen mehr als die Hälfte derjenigen, die auf ein Studium verzichten, das u. a. mit der langen Studiendauer, den Studienkosten und dem Wunsch, schnell eigenes Geld zu verdienen (Lischka 2006). Allerdings steht das immer in Verbindung mit anderen Gründen.

Der angestrebte stärkere Anwendungs- und Berufsbezug der gestuften Studiengänge spricht ebenfalls für einen leicht steigenden Zuspruch nach Hochschulbildung. Damit wird eher als mit primär wissenschafts- und theorieorientierten Studiengängen dem Motiv der Mehrheit der Studienberechtigten entsprochen, sich eine berufliche Existenz und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern (Lischka 2006).

5.2 Weiterbildung

Im Zuge der Europäisierung kann wissenschaftliche Weiterbildung auch in Deutschland einen höheren Stellenwert erhalten. Obwohl sie als eine der Kernaufgaben von Hochschulbildung festgeschrieben ist (§ 21 HRG), hat sich innerhalb der zurückliegenden Jahre weder das Engagement der Hochschulen noch die Nachfrage wesentlich erhöht – trotz des ständig signalisierten hohen Bedarfs. Bisher ist der Zeitaufwand, der an Hochschulen für berufliche Weiterbildung verwendet wird (6% an ostdeutschen und 3% an westdeutschen Hochschulen) (BMBF 2003: 242), noch sehr gering. Da das in Deutschland geltende Hochschulrecht und auch das traditionelle Selbstverständnis der Hochschulen darauf abzielen, dem grundständigen Studium Priorität einzuräumen und es zur Grundlage von Kapazitätsberechnungen zu machen, ist eine signifikante Kurskorrektur zu Gunsten der Weiterbildung bisher nicht zu erkennen.

Um den erwünschten Anstieg der Studierenden- bzw. Teilnehmerzahlen in der Weiterbildung zu ermöglichen, müssten in erster Linie die dienst-, besoldungs- und haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen so umgestaltet werden, dass Weiterbildungsaktivitäten für Hochschulen und Hochschullehrer gerade in den Fächern attraktiv werden, die auch im grundständigen Studium stark nachgefragt werden. Durch privatrechtliche Ausgründungen können solche Probleme einerseits teilweise gelöst werden. Andererseits stehen den Interessen und Hoffnungen der Hochschulen, wissenschaftliche Weiterbildung in breitem Umfang kostendeckend anzubieten, aber bestimmte wirtschaftliche Entwicklungen entgegen. Der Rückgang der Weiterbildungsteilnahme an den Hochschulen seit 2002 wird im Zusammenhang mit steigenden Gebühren, der Sparpolitik der öffentlichen Haushalte bzw. dem gestiegenen Kostendruck in den Unternehmen gesehen (BMBF 2005: 21 u.109). Großunternehmen setzen deshalb häufig eher auf eigene Weiterbildungen (Inhouse-Seminare) unter Mitwirkung von Hochschulleh-

ren. Kleine und mittelständische Unternehmen fühlen sich finanziell und personell dagegen oft überfordert und Arbeitnehmer können nur sehr vereinzelt sowohl Finanzen als auch Zeit für eine private Inanspruchnahme umfangreicher Weiterbildungen aufbringen. Das dürfte insbesondere auch in Sachsen-Anhalt einer wesentlich häufigeren Nachfrage nach wissenschaftlicher Weiterbildung im Wege stehen, resultierend aus der Dominanz von Mittel- und Kleinbetrieben und den weit unterdurchschnittlichen Finanzausstattungen der privaten Haushalte.

Vor diesem Hintergrund scheint es eher ratsam, möglichst zahlreiche konsekutive Bachelor-/Masterstudiengänge anzubieten und den Zugang zu den Masterstudiengängen für einen breiten Interessentenkreis der grundständig Studierenden offen zu halten. Es ist anzunehmen, dass insbesondere an den Universitäten die Mehrheit diese Angebote in Anspruch nehmen wird - selbst dann, wenn ursprünglich „nur“ ein Bachelorabschluss anvisiert war. Für rein weiterbildende Studiengänge sowie kurzzeitige Lehrgänge/Seminare ist angesichts der technologischen Entwicklung trotzdem ein stark wachsender Bedarf anzunehmen. Wenn es gelingt, Weiterbildungsangebote zu entwickeln, die bei überschaubarem zeitlichen und finanziellen Aufwand einen hohen Nutzen für die berufliche Situation der TeilnehmerInnen versprechen, können Hochschulen damit neue Segmente auf dem Weiterbildungsmarkt besetzen. Ein annähernd vollständiger Ausgleich der rückläufigen Studierendenzahlen ist damit jedoch kaum zu erwarten - jedoch eine stärkere Auslastung der Kapazitäten an den für das grundständige Studium vorlesungsfreien Tagen sowie Erlöse zur Verbesserung der finanziellen Situation der Hochschulen.

5.3 Studiengebühren

Seit einigen Jahren wird über die Einführung von Studiengebühren diskutiert, für Langzeitstudierende wurden sie in den meisten Bundesländern bereits eingeführt. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2005, das dem Bund die diesbezügliche Weisungskompetenz absprach (<http://www.bmbf.de/de/3207.php>), haben nunmehr einzelne Bundesländer (Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Hamburg, Saarland, Nordrhein-Westfalen) die Einführung von Studiengebühren für sämtliche Studierende beschlossen, andere Bundesländer könnten diesen Beispielen folgen.

Ein direkter Einfluss dieser Entwicklung auf den Hochschulzugang bis einschließlich 2005 lässt sich nicht belegen. Der bis 2004 erfolgte Anstieg der Studienanfängerquote und die auch 2005 an zahlreichen Hochschulen gestiegenen Bewerberzahlen (bei reduzierten Zulassungszahlen) werden teilweise auch als Reaktion auf die nahende Gefahr von Studiengebühren interpretiert. Das mag zwar plausibel sein, kann aber empirisch nicht belegt werden. Vielmehr änderten sich in jüngster Vergangenheit auch andere Rahmenbedingungen (wie Arbeitsmarktsituation, Attraktivität akademischer Abschlüsse gegenüber anderen beruflichen Qualifikationen, zunehmender Lehrstellenmangel), so dass eindeutige kausale Zurechnungen angesichts der ungesicherten Datenlage schwierig sind.

In welchem Maße künftig auch weitere Bundesländer Studiengebühren einführen werden und welche Auswirkungen das dann auf den Hochschulzugang, differenziert nach Bundesländern oder sozialen Herkunftsgruppen, und auf das Studierverhalten haben wird, lässt sich bisher nur schwer abschätzen. Allerdings liegen internationale Erfahrungen zur Einführung von Studiengebühren in anderen Staaten vor, die zum Vergleich herangezogen werden können (siehe dazu die Zusammenstellung von Fallbeispielen in Anlage 1). Selbstverständlich können derartige Befunde nur bedingt auf Sachsen-Anhalt übertragen werden. Mit einiger Vorsicht lassen sich aber dennoch gewisse Verallgemeinerungen formulieren:

Die Einführung von Studiengebühren führt in der Regel dann zu einem zumindest *zeitweiligen Rückgang der Nachfrage nach Hochschulbildung, wenn*

- für Studienberechtigte noch weitere annähernd gleichwertige Alternativen zum Erwerb beruflicher Qualifikationen bestehen und in einzelnen Aspekten vorteilhafter erscheinen (z.B. kurze Ausbildungsdauer, Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt),
- die Studiengebühren sehr kurzfristig, ohne länger dauernde öffentliche Thematisierung eingeführt werden, wie z.B. in Österreich (Strate 2004: 43),
- die Bedingungen zur Finanzierung der Studiengebühren (z.B. Konditionen für Darlehen und Stipendien) als unsicher bzw. ineffizient hinsichtlich der Bildungsrendite wahrgenommen werden.

Dagegen scheint sich die *Nachfrage* nach Hochschulbildung im Zusammenhang mit der Einführung oder sogar Erhöhung der Studiengebühren *kaum zu ändern, wenn*

- die Studiengebühren in dem jeweiligen Staat schon länger üblich sind, Veränderungen (auch größere Belastungen) eher allmählich erfolgen,
- keine weiteren, annähernd ähnlichen Alternativen zum Erwerb beruflicher Qualifikationen bestehen,
- die Finanzierungsmöglichkeiten als risikoarm und effizient hinsichtlich der möglichen Bildungsrendite wahrgenommen werden.

Relativ ungeachtet der quantitativ zu registrierenden Auswirkungen auf den Hochschulzugang bestätigen internationale Erfahrungen, dass Studiengebühren selbst bei ausgewogen erscheinenden Finanzierungsmöglichkeiten Studienberechtigte aus sozial ungünstigen, einkommensschwachen bzw. bildungsfernen Schichten tendenziell in stärkerem Maße von einem Studium abhalten als Studienberechtigte aus den übrigen sozialen Schichten. In diesem Sinne stehen Studiengebühren Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit tendenziell entgegen.

Für Sachsen-Anhalt sind vor diesem Hintergrund widersprüchliche Reaktionen auf die in anderen Ländern begonnene Einführung von Studiengebühren anzunehmen. Bislang müssen zwar Studienanfänger/innen und Studierende in der Regelstudienzeit (plus vier Semester) keine Studiengebühren entrichten, es bestehen auch noch keine Beschlüsse zur baldigen Einführung. Sollte Sachsen-Anhalt zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls Studiengebühren einführen, könnte durch den Vorlauf anderer Länder zumindest eine etwas höhere Akzeptanz entstehen als das gegenwärtig zu erwarten wäre. Auch der Umstand, dass die Möglichkeiten der dualen Berufsausbildung und die anschließenden Beschäftigungsaussichten im Land be-

grenzt sind, spricht dafür, dass Studiengebühren den Hochschulzugang nur bedingt beeinträchtigen dürften. Schließlich wird auch der aktuell erneute Anstieg der Studierwilligkeit in Sachsen-Anhalt mit auf fehlende attraktive Alternativen zurückgeführt.

Dem stehen allerdings die finanziellen Lebensverhältnisse der Bevölkerung entgegen, zusätzlich die Verunsicherung gegenüber unerprobten Darlehensinstrumenten. Hier ist auf Erfahrungen aus den neunziger Jahren zu verweisen: Unsicherheit, Unwissenheit und fehlende Erfahrungen mit einem Bafög, aber auch mit der materiellen und immateriellen Bildungsrendite eines Studiums, standen damals häufig der Entscheidung für ein Studium entgegen. Das könnte sich bei der Einführung von Bildungsdarlehen wiederholen. Dafür spricht zudem die Tatsache, dass die finanzielle Situation der ostdeutschen Familien im Durchschnitt gravierend schlechter ist als die in den alten Bundesländern und – im Unterschied zur Situation in den neunziger Jahren – mehrheitlich auch keine diesbezügliche Angleichung mehr angenommen wird. Diese Unterschiede zeigen sich in den Arbeitslosenquote von rd. 20% in Sachsen-Anhalt und rd. 9,5% in den alten Bundesländern, in den im Durchschnitt um rd. ein Viertel geringeren Arbeitseinkommen und vor allem in den unterschiedlichen Vermögenswerten der privaten Haushalte.¹⁸ Die Nettovermögen (Bruttovermögen abzüglich der Bau- und Konsumschulden) privater Haushalte in den alten Bundesländern betragen 1998 mit durchschnittlich 253 TDM annähernd das Dreifache (sogenannte zweite Erbgeneration seit dem zweiten Weltkrieg) gegenüber den neuen Bundesländern mit rd. 88 TDM, dahinter stehen jeweils zu 75% Immobilien. Eine Vorauszahlung aus der Erbmasse der Familien zur Finanzierung des Studiums, wie sie in ökonomischen Analysen zur Auswirkung von Studiengebühren auf den Hochschulzugang eine wesentliche Rolle spielt (vgl. Lang 2005), dürften damit in Sachsen-Anhalt wie auch in den anderen neuen Bundesländern eher die Ausnahme bilden. Schließlich handelt es sich hier häufig um materiell kaum verwertbare Immobilien (z.B. Häuschen der Großeltern in aussterbenden Regionen).

Dies spricht dafür, dass bei einer Einführung von Studiengebühren der Anteil der Studienberechtigten, die sich für ein Studium entscheiden, zunächst zurückgehen würde. Aktuelle Befragungen von HoF Wittenberg ergaben, dass die Höhe eventueller Studiengebühren bei 46 % der Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt (zum Vergleich 38% in Niedersachsen) die Entscheidung für oder gegen ein Studium beeinflussen würde, bei 39% (46% in Niedersachsen) hätte das keinen Einfluss. Diese Befunde sind jedoch zu relativieren im Zusammenhang mit Denk- und Verhaltensweisen, die auf den besonders hohen Stellenwert von Arbeit verweisen. Das zeigt sich z.B. in der Abwanderungsbereitschaft. 60 % der Studienberechtigten aus Sachsen-Anhalt möchten ihr Studium außerhalb des Heimatbundeslandes aufnehmen, darunter 34% in den alten Bundesländern bzw. Berlin – und das in erster Linie aufgrund des davon erwarteten besseren Einstiegs auf den Arbeitsmarkt und entgegen ihrer hohen Heimat- und Familienverbundenheit (Lischka 2006). Vor diesem Hintergrund ist es nicht unwahrscheinlich, dass ein beträchtlicher Teil der Studienberechtigten, die Studiengebühren kritisch sehen, trotzdem versuchen werden, ein Studium aufzunehmen, weil ihnen dessen Bedeutung für ihre

¹⁸ Vgl. dazu „Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland“, in Kreckel (2004c: Kap. V) sowie: http://www.gesis.org/dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/daten/System_Sozialer_Indikatoren/keyindik/A018.pdf und http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tabellen_einkommen.

berufliche Existenz sehr bewusst ist und sie dem gegenwärtig andere Lebensziele unterordnen.

Diese gegenläufigen Wirkungen abwägend, wird für die prognostischen Berechnungen davon ausgegangen, dass die Studierwilligkeit der Studienberechtigten aus Sachsen-Anhalt, die derzeit mit durchschnittlich 83 % (in der Klassenstufe 12/13) gegenüber den Vorjahren weiter angestiegen und im Bundesvergleich am höchsten ist (Heine/Scheller/Willich 2005: 35), bei einer Einführung von Studiengebühren im ersten Jahr um maximal 8%, also bis auf 75% zurückgehen könnte. Danach ist entsprechend internationalen Erfahrungen mit einem Wiederanstieg zu rechnen und folgend könnte die Studierwilligkeit sogar über die aktuellen Werte weiter ansteigen. Allerdings ist der Spielraum für weitere Zuwächse angesichts der schon jetzt sehr hohen Werte begrenzt. In jedem Fall sind dabei in Abhängigkeit von zeitlich nicht zu kalkulierenden äußeren Bedingungen Schwankungen anzunehmen.

Ungeachtet dieser quantitativen Werte muss aber damit gerechnet werden, dass die Einführung von Studiengebühren auch bei abfedernden sozialen Maßnahmen zu einer stärkeren sozialen Selektion beitragen wird. Der aktuell gestiegene Zuspruch zur Hochschulbildung auch aus eher bildungsfernen Familien (Lischka 2006) könnte sich unter diesen Bedingungen wieder abschwächen und auch dadurch soziale Spannungen im Lande verstärken. Nachteilig für den Standort Sachsen-Anhalt wäre, dass damit die Begabungs- und Bildungspotentiale des Landes nicht ausgeschöpft würden und das Qualifikationsniveau der Bevölkerung abfallen könnte.

5.4 Auswahl der Studierenden und Zulassungsbegrenzungen

Den Hochschulen in Deutschland ist es seit dem WS 2005/06 erstmalig möglich, sich bis zu 60 % der Studienanfänger in den zulassungsbeschränkten Studienfächern selbst auszuwählen. Gegenwärtig zeichnen sich nach unserer Beobachtung sehr unterschiedliche Entwicklungen bei der Nutzung der Auswahlrechte ab. Ein Teil der Fachbereiche entwickelt, erprobt oder nutzt sehr aufwändige Auswahlverfahren. Die große Mehrzahl der Fachbereiche hat bis jetzt das Recht zur selbständigen Auswahl der Studierenden noch nicht oder nur sehr oberflächlich in Anspruch genommen, ein Teil davon plant jedoch die Nutzung von Auswahlverfahren.

Wie bereits angeführt, haben im vergangenen Semester auch in Sachsen-Anhalt zahlreiche Fachbereiche aufgrund der reduzierten staatlichen Finanzzusagen und der starken Nachfrage nach Studienplätzen erstmalig Zulassungsbegrenzungen eingeführt, in der Regel ohne besondere Auswahlverfahren. Die Studienanfängerzahlen im WS 2005/06 waren deshalb trotz gestiegener Bewerberzahlen bereits geringer als im Vorjahr. Sollten die staatlichen Mittel für die Hochschulen weiter gekürzt werden – trotz der in den alten Bundesländern demnächst zu erwartenden steigenden Studienberechtigtenzahlen - könnte das den Hochschulzugang massiv beeinflussen.

Einerseits zeigen bisherige Erfahrungen, dass hochschuleigene Auswahlverfahren das Interesse und die Nachfrage nach diesen Hochschulen bzw. Fachbereichen steigern können, auch wenn ein Teil der Ausgewählten den Studienplatz letztlich nicht in Anspruch nimmt.

Auswahlverfahren erhöhen bei einem Teil der Studienberechtigten Gefühle der Wahrscheinlichkeit des Studienerfolgs, der Zugehörigkeit zu einer gewissen „Elite“ sowie die Erwartung, gute Studienbedingungen. Gleichzeitig – und das auch durch neue Zulassungsbegrenzungen selbst ohne Auswahlverfahren – wird ein Studienplatz in der öffentlichen Wahrnehmung wieder stärker ein knappes und angesehenes Gut. Das könnte dazu beitragen, die Nachfrage nach Hochschulbildung tendenziell zu erhöhen. Deutschlandweit kann sich das künftig in steigenden Bewerberzahlen, einem erhöhten Aufwand für die Auswahl sowie einer zunehmenden Anzahl von zulassungsbegrenzten Studiengängen ausdrücken.

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt müssen ab dem Wintersemester 2010/11 mit einem deutlich geringeren Aufkommen an studienberechtigten Landeskindern rechnen (vgl. Tabelle 2). Ihre Attraktivität für Studienberechtigte aus Bundesländern mit einem erhöhten Aufkommen an Studienberechtigten können sie dann durch geeignete hochschuleigene Auswahlverfahren wahrscheinlich eher steigern als durch Verzicht darauf. Nationale und internationale Erfahrungen sprechen dafür, dass eine effiziente hochschuleigene Auswahl in mehrstufigen Verfahren auch mit einem nur relativ geringen Mehraufwand möglich ist. Nur in Ausnahmefällen dürften aufwändige Auswahlgespräche oder kostenintensive psychologische Testverfahren (die vor allem einen Gewinn für die damit befassten Institutionen bedeuten) erforderlich sein (Lewin/Lischka 2004).

6. Schlussfolgerungen

Für die künftige Entwicklung in Sachsen-Anhalt ergeben sich vor dem Hintergrund der in unseren Szenarien modellierten demografischen und sozialen Entwicklungen Handlungsmöglichkeiten, mit denen es gelingen kann, die Hochschullandschaft zu erhalten und zu stabilisieren. Aber es besteht auch die Gefahr, dass „durch das Zusammentreffen von demografischer Krise und Finanzkrise ... eine negative Spirale in Gang kommt“ (Kreckel 2004b: 52f.). Dem gilt es vorzubeugen. Wie sich aus der hier vorgelegten Expertise ergibt, sind dabei insbesondere die folgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Noch *bis zum Wintersemester 2009/10* ist, nicht zuletzt auch wegen des doppelten Abiturjahrganges 2007, mit einer *starken Nachfrage* von Studienanfängern an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt zu rechnen. Das gilt insbesondere auch dann, wenn das Studium in Sachsen-Anhalt im Unterschied zu anderen Bundesländern noch gebührenfrei bleiben sollte.
2. Dabei wird den Jahren *2007 und 2008* in Sachsen-Anhalt die Nachfrage nach Studienplätzen durch eigene Landeskinder um fast die Hälfte zunehmen. Das kann zu einer vorübergehenden Verschärfung der Zulassungsbeschränkungen und/oder zur Verschlechterung der Studienbedingungen führen, wenn es zu keiner (zumindest temporären) Aufstockung des Lehrpersonals der Hochschulen kommt.
3. Mit der nach bisheriger Planung ebenfalls in diesen Zeitraum fallenden flächendeckenden Einführung und Erprobung von Bachelor-Studiengängen wird es nach aller Voraussicht zu einer *Erhöhung des Betreuungsaufwandes* kommen (vgl. Wissenschaftsrat 2006a: 61). Auch für die Bewältigung dieser Aufgabe wären die Verschärfung von Zulassungsbeschränkungen und/oder die Verschlechterung der Studienbedingungen keine zukunftsweisenden Lösungen.
4. Es ist deshalb zu vermuten, dass sich die Hochschulen in Sachsen-Anhalt bis 2010 - wenn die einheimische Studienplatznachfrage aus demografischen Gründen schlagartig absinken wird - vor allem mit der Bewältigung kurzfristiger Überlast- und Finanzierungsprobleme beansprucht werden. Die Gefahr besteht, dass es genau in diesem kritischen Zeitraum an unmittelbaren Anreizen fehlen wird, mehr Studierende von außen nach Sachsen-Anhalt zu holen.
5. Hinzu kommt, dass sich der demografische Einbruch erst mit einer Zeitverzögerung spürbar auf die Gesamtzahl der Studierenden in Sachsen-Anhalt auswirken wird, weil die noch vorhandenen höheren Semesterjahrgänge stärker besetzt sind. Der Rückgang der Gesamtstudierendenzahl dürfte deshalb *erst ab 2012 wirklich spürbar* werden. Das Risiko ist somit gegeben, dass die betroffenen hochschulpolitischen Akteure sich zu lange durch die vordergründige „Normalität“ des Studienbetriebes über die Dramatik der Situation hinwegtäuschen lassen könnten.

6. Alle prognostischen Berechnungen laufen darauf hinaus, dass *ab dem Wintersemester 2010/2011* in Sachsen-Anhalt ein Studierendenaufkommen in der heutigen Größenordnung nur noch dann erreicht werden kann, wenn es den sachsen-anhaltischen Hochschulen gelingt, Studierende von außerhalb, vor allem aus den alten Bundesländern, für sich zu gewinnen.

Nach den neuesten Berechnungen der KMK (2005) dürfte es *in den alten Bundesländern bis etwa 2014 eine stark erhöhte Nachfrage* nach Studienplätzen geben, die dort – zumindest zur Zeit – nicht vorhanden sind. Ein Teil dieser Studienberechtigten könnte den Weg nach Sachsen-Anhalt finden, sofern die hiesigen Hochschulen dann (noch) für sie attraktiv und aufnahmebereit sind.

7. Die Empfehlung des Wissenschaftsrates (2006a: 7) für die neuen Länder lautet: *„Die Studienplatzkapazitäten sollten trotz des Rückgangs studienberechtigter Landeskinder möglichst weitgehend beibehalten werden. Denn die Gewinnung zusätzlicher Studierender aus den alten Ländern liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse der neuen Länder. Damit leisten die neuen Länder auch einen wesentlichen Beitrag zu der Bewältigung der in Deutschland insgesamt steigenden Studienanfängerzahlen.“*

Wenn man von dem Grundsatz ausgeht, dass funktionsfähige Hochschulen zu den wichtigsten Katalysatoren für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung einer Region gehören, dann haben das Land Sachsen-Anhalt und seine Hochschulen ein vitales Interesse an der Realisierung dieser Wissenschaftsratsempfehlung.

8. Um das zu erreichen, ist es geboten, bereits *vor* dem sichtbaren Eintreten der demografischen Krise – also: *ab sofort* – dafür zu sorgen, dass der Zustrom von Studierenden nach Sachsen-Anhalt nicht abreißt. Denn: *Das Zeitfenster für die Gewinnung zusätzlicher Studierender aus westlich und südlich gelegenen Bundesländern wird nur bis etwa 2014 geöffnet sein.*

9. Auch in den Jahren 2007 und 2008, wenn die Zahl der Studieninteressenten aus Sachsen-Anhalt sich stark erhöhen wird, ist es deshalb geboten, *möglichst viele Studienberechtigte von außerhalb* für ein Studium in Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Sollte es nämlich dazu kommen, dass die große Zahl der einheimischen Studienplatzbewerber dann bevorzugt zum Zuge kommt und dadurch die auswärtigen Bewerber ferngehalten werden, wird die erforderliche Öffnung der sachsen-anhaltischen Hochschulen konterkariert.

10. Ein Mittel, um dem mit der Sondersituation von 2007 und 2008 verbundenen Risiko einer nahezu völligen Regionalisierung (bzw. „Provinzialisierung“) des Hochschulzugangs in Sachsen-Anhalt zu begegnen, könnte die *Einführung „intelligenter“ Auswahlverfahren* sein, wie in Abschnitt 5.4 angedeutet.

Ein anderes Mittel ist es, für den doppelten Abiturjahrgang 2007 und die Bewältigung des erhöhten Betreuungsbedarfes in den neuen Bachelor-Studiengängen *zusätzliche Lehr- und Personalmittel* zur Verfügung zu stellen. Sie würden es den Hochschulen Sachsen-Anhalts erleichtern, sich nicht in ihren eigenen Problemen abzukapseln, sondern auch weiterhin weltoffen zu bleiben.

11. Wenn ab 2010 verstärkt Studierende aus den alten Bundesländern (und dem Ausland) gewonnen werden müssen, um den erreichten Stand zu halten, ist zum einen die *Kostenfrage zu klären* – möglicherweise unter Bezugnahme auf sog. „Bildungsgutscheine“. Zum anderen sind aber die Hochschulen Sachsen-Anhalts gefordert, sich selbst in eine so attraktive Verfassung zu bringen, dass sie an dem zu erwartenden innerdeutschen Zustrom partizipieren können.
12. Schon jetzt ist erkennbar, dass in Deutschland insgesamt, auch in Sachsen-Anhalt, die weitere *Erhöhung der Studierendenquote* mindestens bis in die Nähe des derzeitigen OECD-Durchschnitts von 53 % eines Altersjahrganges ein wichtiges Projekt sein wird.
13. Dafür gilt es zum einen, *neue akademische Studienfelder* zu erschließen. Zum anderen ist es aber auch unerlässlich, *neue Gruppen von Studienberechtigten* zu gewinnen und dafür auch neue „zweite“ oder „dritte“ Bildungswege zu eröffnen. Und schließlich gilt es, Wege zu explorieren, wie *Weiterbildung und Lebenslanges Lernen* zu eigenen Säulen der Hochschulen werden können.
14. Nachdem um das Jahr 2014 ein starker Nachfragedruck aus den alten Bundesländern beendet sein dürfte, wird ab 2018 aus demografischen Gründen die Zahl der Studienanfänger im ganzen Bundesgebiet stark zurückgehen. 2019 soll auch der Solidarpakt II endgültig auslaufen. Die Frage nach Struktur und Aufgaben der Hochschulen wird sich deshalb gegen Ende des 2. Jahrzehnts in ganz Deutschland neu stellen. Spätestens dann wird der föderale Standortwettbewerb im Hochschulbereich voll zum Tragen kommen.
15. Die Hochschulen Sachsen-Anhalts sollten sich schon jetzt, vor dem Eintreten der demografischen Krise, auf diese neue Situation vorbereiten, um dafür rechtzeitig und ausreichend gerüstet zu sein.

Literatur

- BMBF (2006): Pressemitteilung 010/2006: Bundesministerin einigt sich mit ihren Länderkollegen auf eine Marschroute. Berlin 25.01.2006, <http://www.bmbf.de/press/1721.php>
- Dienel, C. (2004): Europäischer Vergleich. In: Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? (4. Zwischenbericht), Hochschule Magdeburg-Stendal
- Dienel, C.; Gerloff, A. (2003): Geschlechtsspezifische Besonderheiten der innerdeutschen Migration für Sachsen-Anhalt. In: Gender-Report Sachsen-Anhalt. Magdeburg
- Gerloff, A. (2004): Zur Studie Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. In: Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? (4. Zwischenbericht), Hochschule Magdeburg-Stendal
- Hartmann, M. (2006): Mehr soziale Gerechtigkeit durch Studiengebühren? Ein Vergleich mit dem amerikanischen System. In: Forschung & Lehre 1/06, S. 8 – 10
- Heine, C.; Scheller, P.; Willich, J.(2005): Studienberechtigte 2005. Studierbereitschaft, Berufsausbildung und Bedeutung der Hochschulreife. Hannover (Kurzinformation A16/2005)
- Heine, C.; Spangenberg, H.; Schreiber, J.; Sommer, D (2005): Studienanfänger 2003/04 und 2004/05. Bildungswege, Motive der Studienentscheidung und Gründe der Hochschulwahl. Hannover (Kurzinformation A15/2005)
- Isserstedt, W.; Middendorf, E.; Weber, S.; Schnitzer, K.; Wolter, A. (2003): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2003. 17 Sozialerhebung. BMBF (Hg.) , Berlin 2003
- Kolland, F. u.a. (2002) Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträge auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten. Endbericht. Büro für Sozialtechnologie und Evaluationsforschung, Wien 2002
- Kolland, F. (2004): Die Einführung der Studienbeiträge in Österreich. In: Schwarz, Teichler (Hg.): Wer bezahlt die Zeche für wen? Studienfinanzierung aus nationaler und internationaler Perspektive. Hochschulwesen - Wissenschaft und Praxis, Bielefeld 2004, S.54-56
- Konietzka, D.; Kreyenfeld, M. (2004): Geburtenentwicklung und Familienformen nach der Wiedervereinigung Deutschlands.
(http://www.mpg.de/bilderBerichteDokumente/dokumentation/jahrbuch/2004/demografische_forschung/forschungsSchwerpunkt/, letzter Zugriff 08.02.2006)
- Kreckel, R. (2004a): Vierzehn Thesen zur Sondersituation der Hochschulen im Osten Deutschlands. Eine Momentaufnahme. In: Ders., Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung, Bonn 2004, S. 47-53
- Kreckel, R. (2004b): Die Entwicklung der Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme. In: Ders., Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung, Bonn 2004, S. 93-106
- Kreckel, R. (2004c): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 3., erw. Aufl., Frankfurt – New York 2004
- Kultusministerkonferenz (1998): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2015, Bonn 1998 (Statistische Veröffentlichungen 146)
- Kultusministerkonferenz (2003): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020, Bonn 2003 (Statistische Veröffentlichungen 167)
- Kultusministerkonferenz (2005): Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020, Bonn 2005 (Statistische Veröffentlichungen 176)
- Lang, Th. (2005): Eine ökonomische Analyse der Auswirkungen von Studiengebühren auf die Zugangsgerechtigkeit in der Hochschulbildung – Der Studienvertrag als neuer Handlungsvorschlag. HIS GmbH Hannover 2005 (Hochschulplanung Band 177)
- Lewin, D.; Lischka, I. (2004): Passfähigkeit beim Hochschulzugang als Voraussetzung für Qualität und Effizienz von Hochschulbildung. HoF-Arbeitsbericht 6'04, Wittenberg 2004
- Lischka, I. (1997): Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten. HoF-Arbeitsbericht 2'97, Wittenberg 1997
- Lischka, I. (1999): Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt. HoF-Arbeitsbericht 5'99, Wittenberg 1999
- Lischka, I. (2003): Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer. HoF-Arbeitsbericht 3'03, Wittenberg 2003
- Lischka, I. (2006): Entwicklung der Studierwilligkeit. Hof Wittenberg (Manuskript Arbeitsbericht)

- Lutz, B. (2004): Einleitung. In: Lutz, Grünert, Steiner (Hg): Jugend – Ausbildung – Arbeit. Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Bd.2. Berlin 2004, S. 7 - 23
- Mai, R. (2005): Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland. BiB-Mitteilungen (http://www.bib-demographie.de/publikat_mittel.html) (letzter Zugriff 02.02.2006)
- Nagel, B. (2003): Studiengebühren und ihre sozialen Auswirkungen. Eine Analyse von Daten aus den USA, England, Schottland, den Niederlanden, Österreich, Australien und Neuseeland. Baden-Baden 2003
- OECD (2005), Education at a Glance. OECD Indicators 2005. Paris 2005
- Reinberg, A.; Schreyer, F. (2003): Arbeitsmarkt für AkademikerInnen. ([http://doku.iab.de/kurzber/2003\(kb2003.pdf](http://doku.iab.de/kurzber/2003(kb2003.pdf)) (letzter Zugriff am 18.08.2005)
- Reinberg, A.; Hummel, M. (2005): Vertrauter Befund. Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht 9-2005.
- Scharein, M.; Unger, R. (2005): Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen? Die Aussagekraft empirischer Daten zur Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen. In BIB-Mitteilungen 2/2005 (http://www.bib-demographie.de/publikat/bib-mit2_2005.pdf, letzter Zugriff: 02.02.2006)
- Schwarz, St.; Rehbarg, M. (2004): Wie wird das Thema Chancengleichheit junger Bürger in 16 Ländern des europäischen Hochschulraums verwirklicht? Eine empirische Vergleichsstudie. In: Schwarz, Teichler (Hg.): Wer bezahlt die Zeche für wen? Studienfinanzierung aus nationaler und internationaler Perspektive. Hochschulwesen - Wissenschaft und Praxis, Bielefeld 2004, S.21-34
- Statistisches Bundesamt (2003): Hochschulstandort Deutschland 2003. Wiesbaden 2003
- Statistisches Bundesamt (2004): Studienberechtigtenquoten (<http://destatis.de>, letzter Zugriff: 30.01.2006)
- Statistisches Bundesamt (2005): Hochschulstandort Deutschland 2005. Wiesbaden 2005
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2005 a): Bevölkerung nach Alter und Geschlecht (Statistische Berichte A I j/04)
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2005 b): Studierende an Hochschulen (Statistische Berichte B III j/04)
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2005 c): Bevölkerungsentwicklung Sachsens-Anhalts seit dem 03.10.1990 (<http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/Internet/script/print/printversion.php>; letzter Zugriff: 08.02.2006)
- Strate, G. (2004): Studiengebühren – Analyse der sozialen Auswirkungen am Beispiel der Gebührenmodelle ausgewählter Staaten. Wiss. Dienste des Deutschen Bundestages, Berlin 2004
- Wohlfahrt, G. (2003): Auswirkungen von Studiengebühren in Österreich. In: Nagel, B.: Studiengebühren und ihre sozialen Auswirkungen. Eine Analyse von Daten aus den USA, England, Schottland, den Niederlanden, Österreich, Australien und Neuseeland. Baden-Baden 2003, S. 124-135
- Wissenschaftsrat (2006a): Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demographiegerechten Ausbau des Hochschulsystems. Berlin (Drs. 7083/06). (<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7083-06.pdf>, letzter Zugriff: 02.02.2006)
- Wissenschaftsrat (2006b): Empfehlungen zur künftigen Rolle der Universitäten im Wissenschaftssystem (Drs. 7067-06). (<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/7067-06.pdf>, letzter Zugriff: 02.02.2006)
- Witzleb, N. (2004): Australien reformiert Studiengebühren und Hochschulfinanzierung. In: Schwarz, Teichler (Hg.): Wer bezahlt die Zeche für wen? Studienfinanzierung aus nationaler und internationaler Perspektive. Hochschulwesen – Wissenschaft und Praxis, Bielefeld 2004, S.21-34
- <http://www.bmbf.de/de/3207.php> (letzter Zugriff: 30.01.2006)
- http://www.gesis.org/dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/daten/System_Sozialer_Indikatoren/keyindik/A018.pdf (letzter Zugriff 30.01.2006)
- http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tabellen_einkommen (letzter Zugriff 30.01.2006)
- <http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/Internet/script/print/printversion.php> (letzter Zugriff 30.01.2006)

Anlagen

1. Wirkungen von Studiengebühren auf den Hochschulzugang in ausgewählten Staaten

Österreich

Die Republik Österreich führte im Jahre 2001 relativ kurzfristig Studiengebühren in Höhe von 363,- Euro/Semester sowohl für Studienanfänger als auch für bereits Studierende ein. In der Folge kam es kurzzeitig zu einem Rückgang der Studienanfängerzahlen um 15 % und der Studierendenzahlen um 20 %. Insbesondere für Langzeitstudierende verlor der Verbleib an einer Hochschule an Attraktivität. Bereits drei Jahre nach Einführung der Studiengebühren lag die Studienanfängerzahl absolut aber wieder auf dem Niveau der Vorjahre und stieg 2004 weiter an (Strate 2004: 38; <http://www.bmbwk.gv.at/universitaeten/stats/uebersicht.xml>). Trotzdem bestehen Hinweise darauf, dass sich die soziale Selektion verstärkt hat. Vergleiche zwischen den nach Einführung der Studiengebühren Erstzugelassenen, bereits Studierenden und Studienabbrechern ergaben rückläufige Anteile von Studienanfängern unterer sozialer Herkunft und im Studium deren gestiegene Neigung zum Studienabbruch (vgl. Kolland 2002: 96). Die soziale selektierende Wirkung erklärt sich daraus, dass Studierende aus höheren sozialen Schichten die Studiengebühren vorrangig von den Eltern finanziert bekommen, während andere dies über die Studienbeihilfe (Bafög) finanzieren, eine Erwerbstätigkeit neu aufnehmen (6 %) oder erweitern (15 %). Die Akzeptanz der Studiengebühren unterscheidet sich nach Studienfach, Studierendenstatus, Geschlecht und Studienerwartungen. Wird durch das Studium eine besondere gesellschaftliche Privilegierung erwartet (Medizin, Wirtschaftswissenschaften), besteht eine relativ hohe Akzeptanz. Ansonsten erschweren sie bei rd. einem Viertel die Studienwahl (vgl. Kolland 2002: 98 f.). Mangels echter Alternativen haben sich viele unter erschwerten Bedingungen trotzdem zu einem Studium entschlossen. (vgl. Kolland 2002: 35 f.) Unbekannt ist aber der Anteil, bei denen ein Studium dadurch verhindert wurde.

England und Schottland

In England wurden 1998 Studiengebühren eingeführt, deren volle Höhe von 1.100 Pfund/Semester allerdings nur rd. 40 % der Studierenden entrichten, ebenso viele zahlen keine und rd. 20 % nur Teilbeträge. Die Höhe der Beiträge variiert generell in Abhängigkeit von den Aufwendungen in den einzelnen Studienfächern (geringste Gebühren für Buchwissenschaften, höchste für labor- und geräteintensive Wissenschaften). Gleichzeitig wurden bis dato vorhandene finanzielle Zuschüsse zur Lebenshaltung durch Darlehen ersetzt. Das verhinderte zwar nicht den leichten Anstieg der Studierendenzahlen in den kommenden Jahren (zum Anteil am Altersjahrgang bestehen leider keine zuverlässigen Daten). Allerdings ging der Anteil von Studierenden aus einkommensschwachen Familien von 13 auf 7 % zurück. In England wird das allerdings nicht nur auf die Studiengebühren sondern auch auf die Darlehensmodalitäten zurückgeführt (vgl. Nagel 2003: 57 ff.).

Relativ zeitgleich wurden in Schottland dagegen für schottische Studierende die Studiengebühren abgeschafft und durch eine Art Darlehens-Rückzahlung bei späteren hohen Einkommen ersetzt. Die Studierendenzahl stieg danach um 15 % innerhalb von nur zwei Jahren an. Das setzt allerdings eine staatliche Vorausfinanzierung voraus – was zahlreiche Länder offenbar nicht leisten können oder wollen. Für den möglichst breiten und sozial weniger selektierenden Zugang zu Hochschulbildung scheint das allerdings besonders geeignet zu sein.

Niederlande

Studiengebühren sind in den Niederlanden seit jeher üblich. Sie stiegen seit den fünfziger Jahren auf das fast Fünfzehnfache. Stipendien und Darlehen lösten ursprüngliche Familienbeihilfen ab, Grundstipendien gingen zurück. Trotzdem registrierte man steigende Studienanfängerzahlen. Experten schreiben diese Entwicklung einerseits der Tatsache zu, dass dieser Prozess allmählich erfolgte, damit einen geringeren Abschreckungseffekt hat, und gleichzeitig die Konditionen für Darlehen und Stipendien als sehr günstig eingeschätzt werden (vgl. Nagel 2003: 64 f.)

Australien

Seit Ende der achtziger Jahre werden in Australien Studiengebühren erhoben. Zeitgleich wurden vom Staat Darlehensformen (HECS – Higher education contribution scheme) installiert, die eine Rückzahlung der Darlehen erst ab einer bestimmten Einkommenshöhe nach dem Studium vorsehen. Allerdings ist die Anzahl der über Darlehen subventionierten Studienplätze begrenzt. Trotzdem registrierte man in Australien bei Einführung der Studiengebühren zunächst keine negativen Auswirkungen auf die Studienanfängerzahlen – im Gegenteil sogar einen Anstieg. Der Grund dafür: mit den Studiengebühren wurde Anzahl der Studienplätze erhöht und der zuvor bestehende Nachfragüberhang abgebaut (Nagel 2003: 55)

Ab 1996 haben sich die Bedingungen verschlechtert, indem die Anzahl der HECS Studienplätze reduziert, die Gebührenhöhe in drei Kategorien (nach den Studienkosten) gestaffelt, durchschnittlich um 40 % erhöht sowie die Einkommensschwelle für die Rückzahlung drastisch gesenkt wurde (Nagel 2003: 53). Die Zahl der Einschreibungen, die mit der Einführung der HECS-Darlehen zunächst stieg, ging ab 1997 zurück. Vor allem in den Kursen mit den höchsten Gebühren sind weniger Studienanfänger aus sozial und wirtschaftlich schwächeren Gruppen. Insgesamt wird die Unterrepräsentanz von Studierenden aus benachteiligten sozialen Gruppen offenbar akzeptiert, weil das auch schon vor Einführung der Studiengebühren der Fall war. Die Zahl der Hochschulabsolventen ist aber gestiegen, das wird als Erfolg von HECS gesehen. (Witzleb 2004:139) Im Übrigen erhebt Australien von ausländischen Studierenden volle Studiengebühren, ohne dass ihnen das Darlehenssystem zur Verfügung steht. Trotzdem, dank attraktiver Studienangebote und offensiver Marketingstrategien, hat sich die Anzahl ausländischer Studienanfänger innerhalb von fünf Jahren verdoppelt, werden von ihnen 13 % der Gesamteinnahmen an den Hochschulen bestritten. Diese Marketingstrategien sollten mit Blick auf die auch für Sachsen-Anhalt nötige Anwerbung von Studierenden aus andern Bundesländern bzw. Staaten gezielt analysiert werden.

USA

In den USA werden in fast allen Hochschulen traditionell Studiengebühren erhoben, selbst in den nur zweijährigen Colleges, deren Niveau deutlich unter dem von Universitäten liegt. Die Höhe der Studiengebühren variiert sehr stark zwischen den einzelnen Bundesstaaten und in Abhängigkeit vom Niveau der Hochschulen. Obwohl diese Gebühren einerseits als selbstverständlich akzeptiert werden – und das vor allem vor dem Hintergrund einer fehlenden Berufsausbildung und von hohen Einkommensunterschieden zwischen qualifizierten und wenig qualifizierten Tätigkeiten – führten in den neunziger Jahren teils drastische Steigerungen zu einer erheblichen sozialen Abschreckung (Nagel 2003: 49). Ein ausgebautes Stipendiensystem auf der Basis von Eignungsprüfungen, ergänzt durch unterschiedliche Darlehensformen, ermöglicht begabten Kindern aus wenig finanzkräftigen Familien ein Studium. Relativ ungünstig scheint die Situation für mittlere Begabungen aus Mittelstandschichten (Mittelstandslöcher). Insgesamt wird das amerikanische Stipendienwesen als stark selektiv eingeschätzt, schließlich belasten hohe Verschuldungen vor allem Studierende aus sozial unteren Schichten. Sie wählen dementsprechend von vornherein „billigere“ Hochschulen, während die angesehenen bzw. besten Universitäten in erster Linie Studierenden aus finanzstarken Familien sowie besonders leistungsstarken Stipendiaten vorbehalten bleiben (Nagel 2003: 51 f.), während die untere Hälfte der Bevölkerung ihre Kinder zu fast 90 % auf die Colleges schickt, die mit der gymnasialen Oberstufe und bestenfalls mit Berufsakademien hierzulande vergleichbar sind (Hartmann 2006: 8). Daten über quantitative Auswirkungen der Studiengebühren auf den Hochschulzugang sind für die USA zwangsläufig nicht auszumachen, da ein Studium immer nur unter diesen Bedingungen möglich war. Gleichwohl würden sie aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen (wie Höhe der Studiengebühren, Traditionen, fehlendes Berufsbildungssystem) für Deutschland kaum Anhaltspunkte bieten.

2. Tabellen

Tabelle 1:
Durchschnittliche Stärke der Altersjahrgänge in Sachsen-Anhalt
bis 2023 (laut amtlicher Statistik)

| Geburtsjahr | Anzahl (31.12.2004)* | Jahr des Erwerbs der HZB | Durchschnittliche Anzahl (18- bis unter 21jährige) |
|-------------|----------------------|-----------------------------|---|
| 1986 | 34.498 | 2005 | 33.977 |
| 1987 | 35.369 | 2006 | 34.580 |
| 1988 | 34.226 | 2007 | 34.594 |
| 1989 | 31.783 | 2008 | 33.657 |
| 1990 | 29.820 | 2009 | 31.783 |
| 1991 | 18.957 | 2010 | 26.692 |
| 1992 | 16.062 | 2011 | 21.462 |
| 1993 | 14.374 | 2012 | 16.333 |
| 1994 | 13.994 | 2013 | 14.677 |
| 1995 | 14.266 | 2014 | 14.069 |
| 1996 | 15.598 | 2015 | 14.459 |
| 1997 | 16.423 | 2016 | 15.244 |
| 1998 | 16.732 | 2017 | 16.040 |
| 1999 | 17.378 | 2018 | 16.620 |
| 2000 | 18.127 | 2019 | 17.151 |
| 2001 | 17.681 | 2020 | 17.445 |
| 2002 | 17.498 | 2021 | 17.467 |
| 2003 | 16.821 | 2022 | 17.021 |
| 2004 | 17.277 | 2023 | 16.872 |

* Quelle: Statistisches Landesamt 2005a

Tabelle 2:
Studienberechtigte in Sachsen-Anhalt (bis 2020)

| Jahr des Erwerbs der HZB | | Variante I | | Variante II | |
|--------------------------|--------|--|-----------------------------|---|------------------------------|
| | | Studienberechtigtenquote I (+0,2% p.a.) | Anzahl Studienberechtigte I | Studienberechtigtenquote II (+0,4% p.a.) | Anzahl Studienberechtigte II |
| 2005 | 33.882 | 34,2 | 11.588 | 34,2 | 11.588 |
| 2006 | 33.977 | 34,4 | 11.688 | 34,6 | 11.756 |
| 2007* | 69.174 | 34,6 | 23.934 | 35,0 | 24.211 |
| 2008 | 33.657 | 34,8 | 11.713 | 35,4 | 11.915 |
| 2009 | 31.783 | 35,0 | 11.124 | 35,8 | 11.378 |
| 2010 | 26.692 | 35,2 | 9.396 | 36,2 | 9.663 |
| 2011 | 21.462 | 35,4 | 7.597 | 36,6 | 7.855 |
| 2012 | 16.333 | 35,6 | 5.814 | 37,0 | 6.043 |
| 2013 | 14.677 | 35,8 | 5.254 | 37,4 | 5.489 |
| 2014 | 14.069 | 36,0 | 5.065 | 37,8 | 5.318 |
| 2015 | 14.459 | 36,2 | 5.234 | 38,2 | 5.523 |
| 2016 | 15.244 | 36,4 | 5.549 | 38,6 | 5.884 |
| 2017 | 16.040 | 36,6 | 5.871 | 39,0 | 6.255 |
| 2018 | 16.620 | 36,8 | 6.116 | 39,4 | 6.548 |
| 2019 | 17.151 | 37,0 | 6.346 | 39,8 | 6.826 |
| 2020 | 17.445 | 37,2 | 6.490 | 40,2 | 7.013 |

* 2007: Doppelter Abitur-Jahrgang durch Umstellung von 13 auf 12 Schuljahre

Tabelle 3:
Studienanfängerpotential aus Sachsen-Anhalt (bis 2023)

| Jahr des Erwerbs der HZB | Landeskinder mit Studienabsicht Variante I x 75% * | Landeskinder mit Studienabsicht Variante I x 85% * | Landeskinder mit Studienabsicht Variante II x 75%* | Landeskinder mit Studienabsicht Variante II x 85%* |
|-----------------------------|---|---|---|---|
| 2004 | 8.627 | 9.777 | 8.627 | 9.777 |
| 2005 | 8.691 | 9.849 | 8.691 | 9.849 |
| 2006 | 8.766 | 9.935 | 8.817 | 9.993 |
| 2007 | 17.951 | 20.344 | 18.158 | 20.579 |
| 2008 | 8.785 | 9.956 | 8.936 | 10.128 |
| 2009 | 8.343 | 9.456 | 8.534 | 9.672 |
| 2010 | 7.047 | 7.986 | 7.247 | 8.213 |
| 2011 | 5.698 | 6.458 | 5.891 | 6.677 |
| 2012 | 4.361 | 4.942 | 4.532 | 5.137 |
| 2013 | 3.941 | 4.466 | 4.117 | 4.666 |
| 2014 | 3.799 | 4.305 | 3.989 | 4.520 |
| 2015 | 3.925 | 4.449 | 4.142 | 4.695 |
| 2016 | 4.162 | 4.716 | 4.413 | 5.002 |
| 2017 | 4.403 | 4.990 | 4.692 | 5.317 |
| 2018 | 4.587 | 5.199 | 4.911 | 5.566 |
| 2019 | 4.759 | 5.394 | 5.120 | 5.802 |
| 2020 | 4.867 | 5.516 | 5.260 | 5.961 |
| 2021 | 4.899 | 5.553 | 5.319 | 6.028 |
| 2022 | 4.800 | 5.440 | 5.234 | 5.932 |
| 2023 | 4.783 | 5.421 | 5.239 | 5.937 |

* bezogen auf die Anzahl der Studienberechtigten nach Variante I oder II (siehe Tab.2) bei einer Quote des Übergangs in ein Studium von 75 % bzw. 85 %.

Tabelle 4:
StudienanfängerInnen (zeitverzögert*) in Sachsen-Anhalt bis 2020, unterschiedliche
Wanderungsszenarien

| Jahr des Studien- beginns | Szenario A-1 Wanderung: +/- 0 untere Grenze** | Szenario A-2 Wanderung: +/- 0 obere Grenze** | Szenario B-1 Wanderung: status quo (+5%) untere Grenze** | Szenario B-2 Wanderung: status quo (+5%) obere Grenze** | Szenario C Zuwanderung: +15% aus ABL untere Grenze** | Szenario D Zuwanderung: +20% aus ABL obere Grenze** |
|--|--|---|--|---|--|---|
| 2006 | 8.715 | 9.903 | 9.192 | 10.309 | 13.692 | 16.309 |
| 2007 | 12.888 | 14.735 | 13.115 | 14.851 | 20.165 | 24.251 |
| 2008 | 12.448 | 14.288 | 12.701 | 14.431 | 20.051 | 24.231 |
| 2009 | 9.961 | 11.490 | 10.363 | 11.801 | 16.663 | 20.201 |
| 2010 | 7.826 | 9.084 | 8.356 | 9.539 | 14.056 | 17.139 |
| 2011 | 6.634 | 7.741 | 7.236 | 8.276 | 18.486 | 23.276 |
| 2012 | 5.299 | 6.214 | 5.981 | 6.841 | 12.131 | 15.041 |
| 2013 | 4.372 | 5.156 | 5.110 | 5.846 | 13.960 | 17.646 |
| 2014 | 3.940 | 4.671 | 4.703 | 5.391 | 6.053 | 7.191 |
| 2015 | 3.877 | 4.621 | 4.644 | 5.343 | 5.244 | 6.143 |
| 2016 | 4.013 | 4.807 | 4.772 | 5.518 | 5.972 | 7.118 |
| 2017 | 4.235 | 5.098 | 4.981 | 5.792 | 6.181 | 7.392 |
| 2018 | 4.450 | 5.382 | 5.183 | 6.059 | 5.483 | 6.459 |
| 2019 | 4.637 | 5.635 | 5.359 | 6.297 | 5.358 | 6.296 |
| 2020 | 4.782 | 5.838 | 5.495 | 6.488 | 5.494 | 6.487 |

* Angenommene Übergangsquoten an die Hochschule nach Erwerb der HZB: Im 1. Jahr 45 %, im 2. Jahr 40 %, im 3. Jahr 15 %

** Berechnung in Bandbreiten, untere Grenze jeweils auf der Basis der Studienberechtigten Variante I und einer Übergangsquote ins Studium von 75%, obere Grenze Variante II und Übergangsquote 85 % (vgl. Tab. 3)

Tabelle 5:

Zuwanderungsbedarf in Sachsen-Anhalt zum Erhalt der Studienanfängerzahlen von 2003 und Entwicklung des Abiturientenüberschusses in den alten Bundesländern

| Jahr | Sachsen-Anhalt: Studienanfänger (Status-Quo- Szenario B-2) | Sachsen-Anhalt: Zuwanderungsbe- darf für Erhalt des Status Quo 2003 | ABL: Studienberech- tigte: Überschuss gegenüber 2003 | ABL: Studienberech- tigte: Gesamtzahl* |
|-----------------|---|--|--|---|
| <i>Ist 2003</i> | <i>10.925</i> | | | <i>305.816</i> |
| <i>Ist 2004</i> | <i>10.601</i> | <i>(324)</i> | <i>5.094</i> | <i>310.910</i> |
| <i>Ist 2005</i> | <i>8.759</i> | <i>(2.166)</i> | <i>13.934</i> | <i>319.750</i> |
| 2006 | 10.309 | 616 | 27.100 | 332.900 |
| 2007 | 14.851 | - 3.926 | 39.000 | 344.800 |
| 2008 | 14.431 | - 3.506 | 45.400 | 351.200 |
| 2009 | 11.801 | - 876 | 53.400 | 359.200 |
| 2010 | 9.539 | 1.386 | 60.800 | 366.600 |
| 2011 | 8.276 | 2.649 | 104.700 | 410.500 |
| 2012 | 6.841 | 4.084 | 74.800 | 380.600 |
| 2013 | 5.846 | 5.079 | 94.700 | 400.500 |
| 2014 | 5.391 | 5.534 | 43.400 | 349.200 |
| 2015 | 5.343 | 5.582 | 38.100 | 343.900 |
| 2016 | 5.518 | 5.407 | 38.800 | 344.600 |
| 2017 | 5.792 | 5.133 | 38.300 | 344.100 |
| 2018 | 6.059 | 4.866 | 31.300 | 337.100 |
| 2019 | 6.297 | 4.628 | 24.000 | 329.800 |
| 2020 | 6.488 | 4.437 | 14.600 | 320.400 |

* Quellen: KMK 2005: S. 9*; Stat. Bundesamt, Aktuelle Ergebnisse aus der Studentenstatistik (<http://www.destatis.de>)

** Die großen Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren ergeben sich aus der Umstellung von 13 auf 12 Schuljahre in den Jahren 2010 bis 2014. Vor allem in Jahren, in denen mehrere oder sehr bevölkerungsreiche Bundesländer (wie NRW) diese Umstellung durchführen, steigen sowohl die Studienberechtigtenzahlen als auch die Überschusszahlen gegenüber 2003 dadurch vorübergehend sehr stark.

Tabelle 6:

Anzahl der Studierenden in Sachsen-Anhalt bis 2020 (bei durchschnittlicher Studiendauer von 4,5 Jahren)

| Jahr | Szenario B-1 Status quo (Wanderung +5%) unterste Grenze* | Szenario B-2 Status quo (Wanderung +5%) oberste Grenze* | Szenario C Zuwand. aus ABL (+15%, ab 2010) unterste Grenze* | Szenario D Zuwand. aus ABL (+20%, ab 2010) oberste Grenze* |
|------|---|--|--|---|
| 2006 | 47.692 | 48.809 | 47.692 | 48.809 |
| 2007 | 49.807 | 52.660 | 49.807 | 52.660 |
| 2008 | 51.508 | 56.090 | 51.508 | 56.090 |
| 2009 | 50.871 | 56.891 | 50.871 | 56.891 |
| 2010 | 49.131 | 55.776 | 54.831 | 63.376 |
| 2011 | 45.214 | 51.472 | 62.164 | 74.072 |
| 2012 | 38.287 | 43.672 | 61.387 | 74.472 |
| 2013 | 31.865 | 36.403 | 63.815 | 79.003 |
| 2014 | 27.209 | 31.124 | 57.659 | 71.724 |
| 2015 | 24.057 | 27.560 | 46.632 | 57.660 |
| 2016 | 22.220 | 25.519 | 37.295 | 45.619 |
| 2017 | 21.655 | 24.967 | 30.430 | 36.667 |
| 2018 | 21.931 | 25.408 | 25.906 | 30.708 |
| 2019 | 22.616 | 26.337 | 25.615 | 30.337 |
| 2020 | 23.403 | 27.395 | 25.501 | 30.193 |

* Berechnung in Bandbreiten, untere Grenze jeweils auf der Basis der Studienberechtigten Variante I und einer Übergangsquote ins Studium von 75 %, obere Grenze Variante II und Übergangsquote 85 % (vgl. Tab. 3)

3. Abbildungen

Abbildung 1: Stärke der Altersjahrgänge in Sachsen-Anhalt (siehe Tabelle 1)

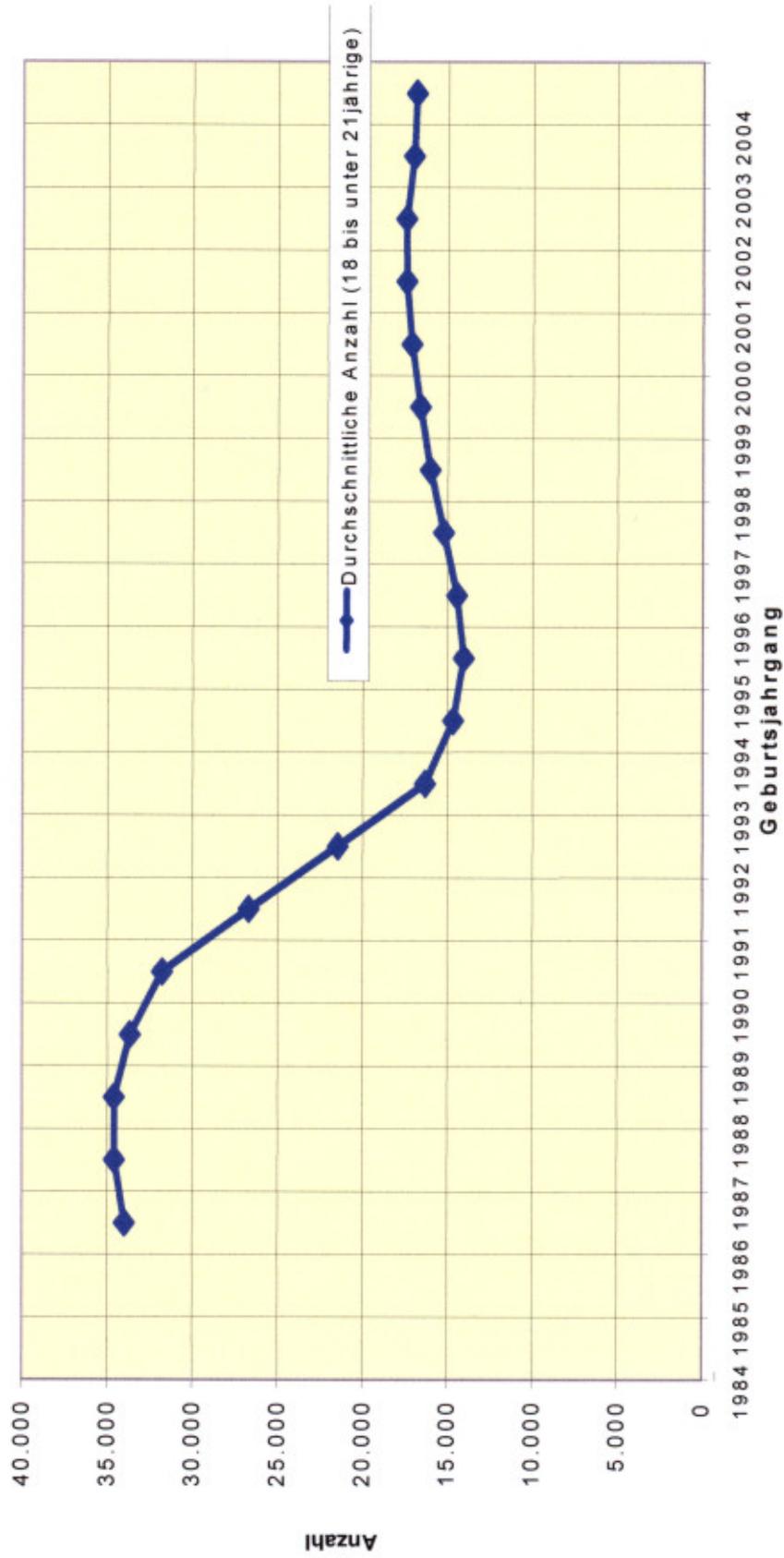


Abbildung 2: Studienberechtigte aus Sachsen-Anhalt (siehe Tabelle2)

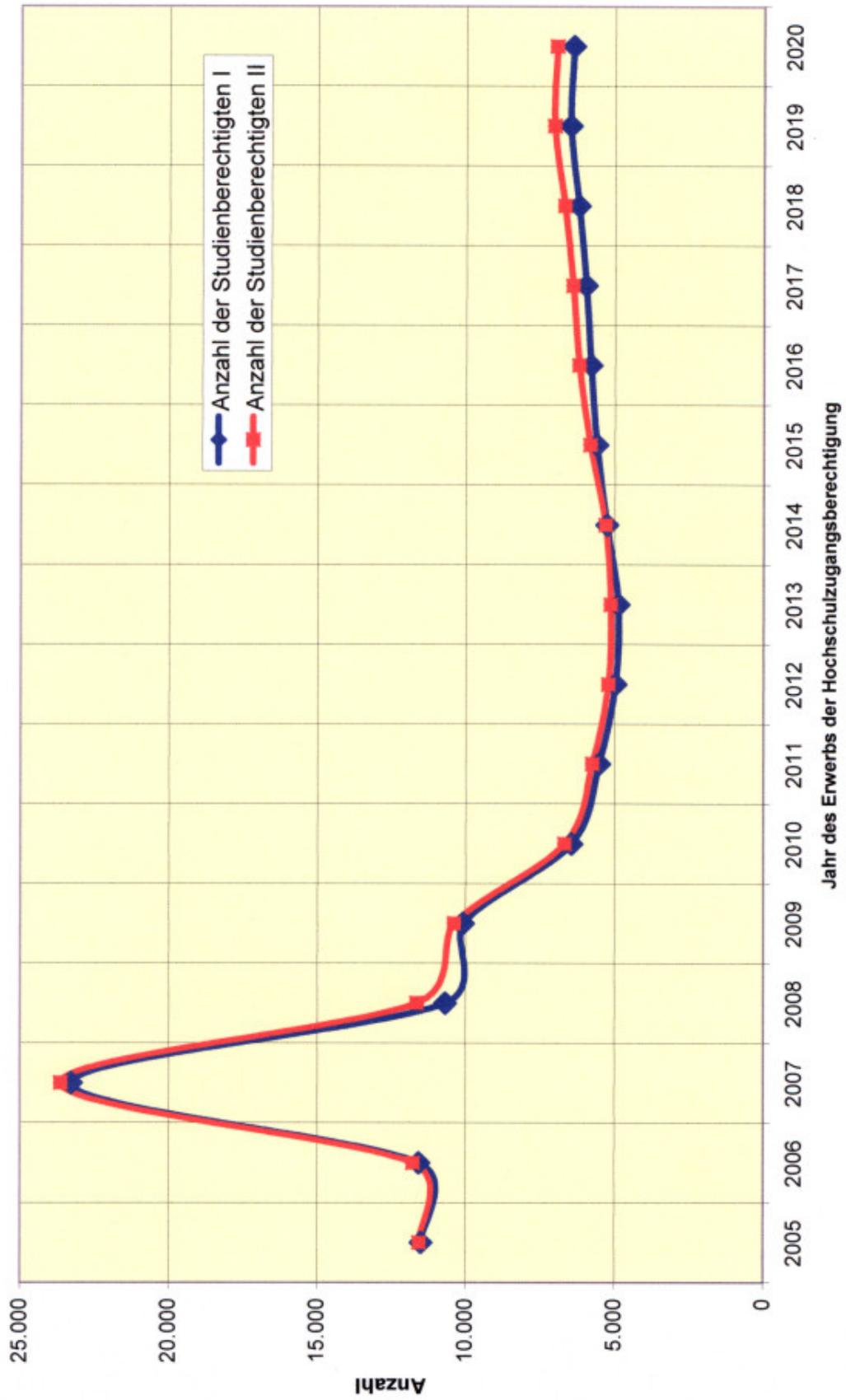


Abbildung 3: Studienanfängerpotential aus Sachsen-Anhalt (siehe Tabelle 3)

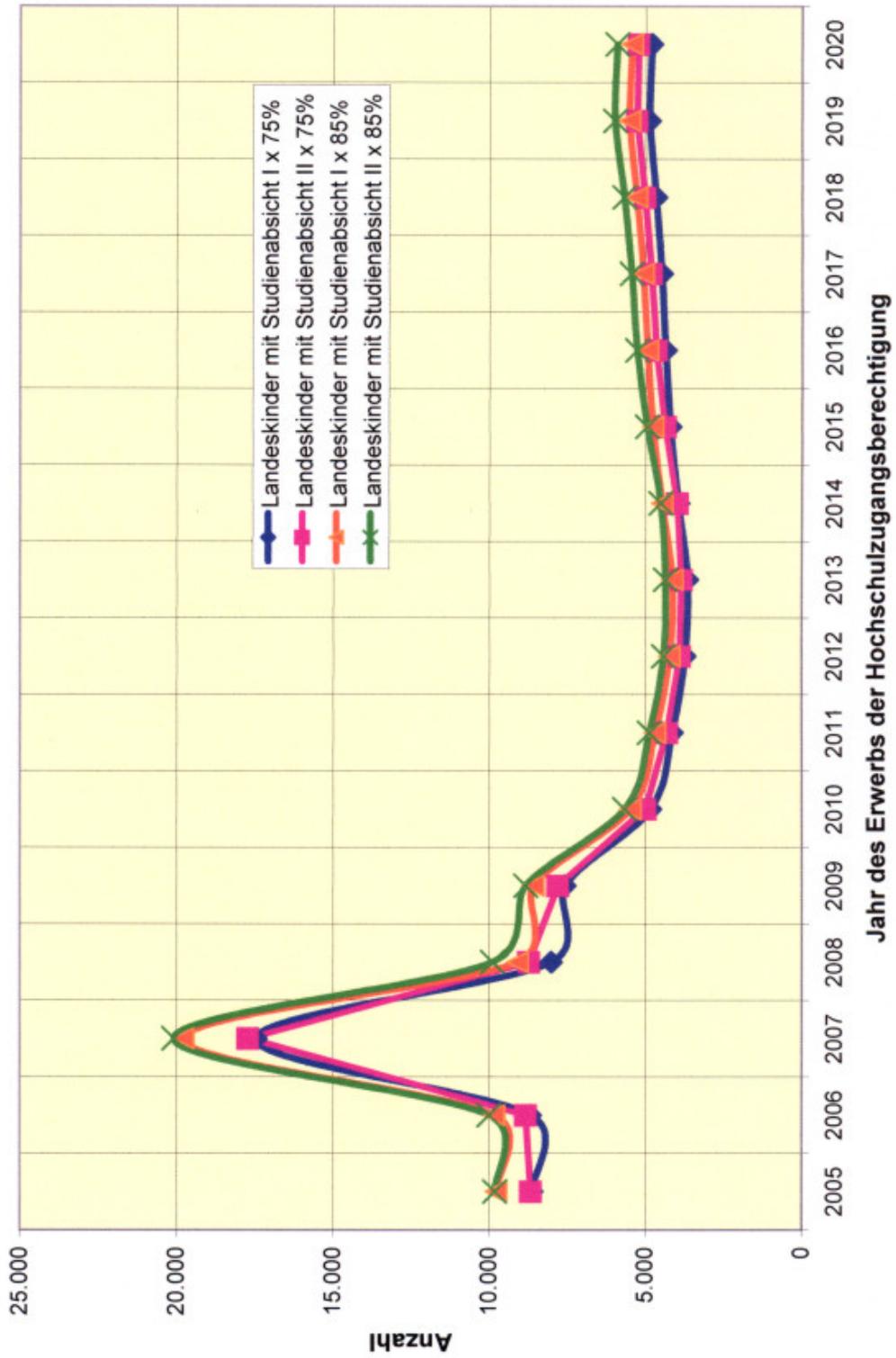


Abbildung 4: StudienanfängerInnen in Sachsen-Anhalt bis 2020, ohne erhöhte Zuwanderung (siehe Tabelle 4)

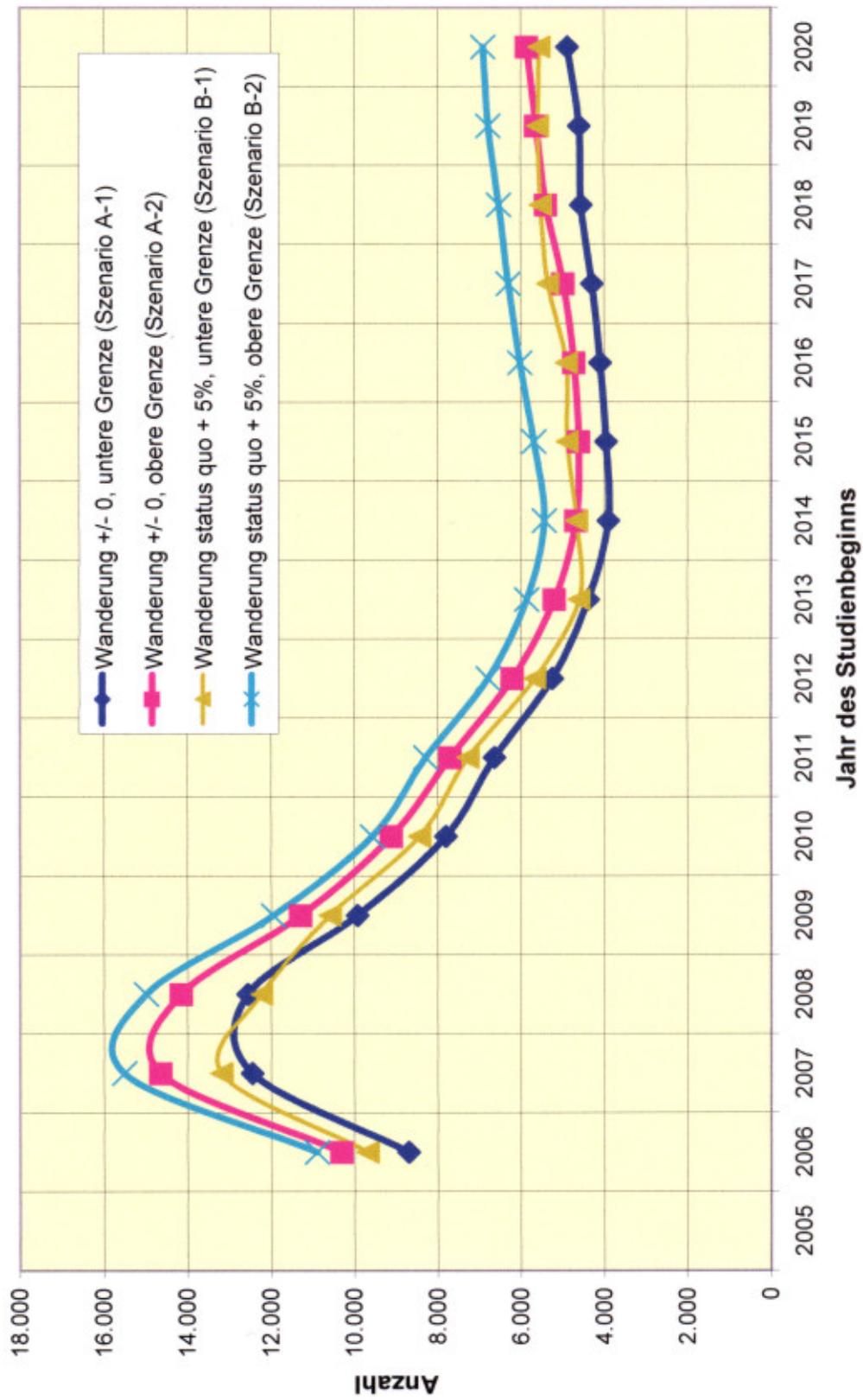


Abbildung 5: Zuwanderungsbedarf in Sachsen-Anhalt und Abiturientenüberschuss in den Alten Bundesländern (bis 2020)

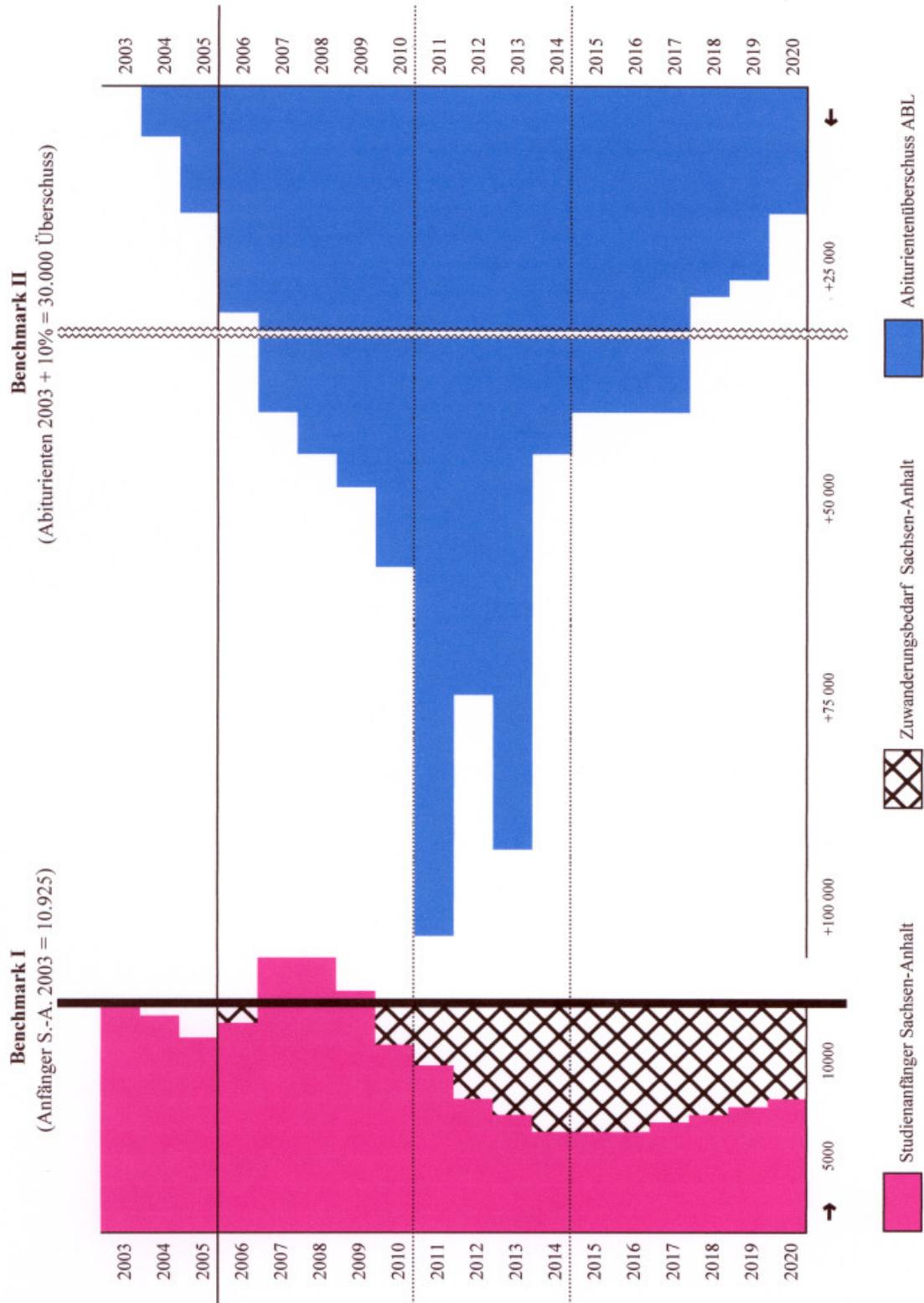
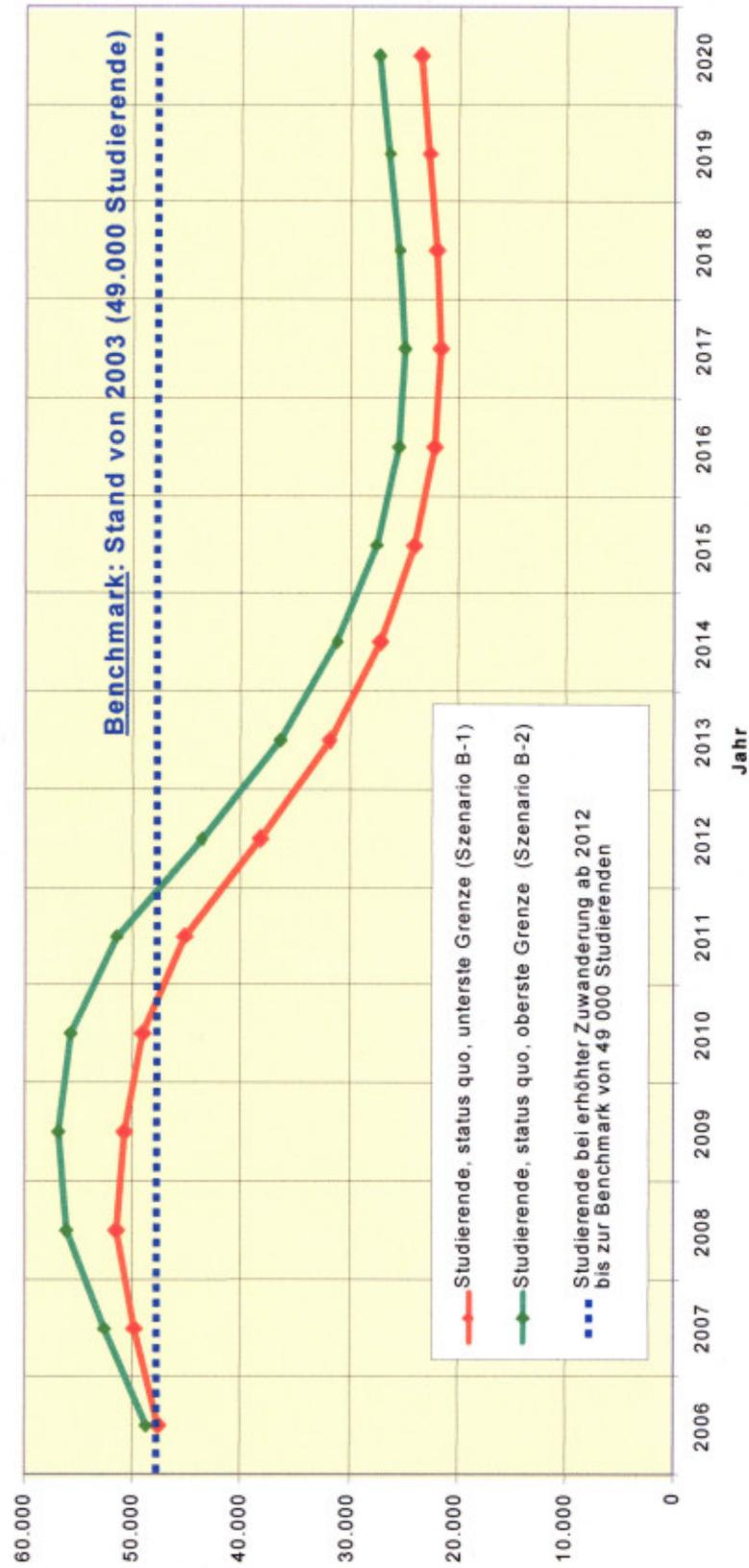


Abbildung 6: Prognose der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt bis 2020 nach Status Quo bzw. erhöhter Zuwanderung; ab 2012 angenommene Studiendauer: 4,5 Jahre; vgl. Tab. 6)



HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung

Das Institut

HoF Wittenberg ist das einzige Institut, das in den ostdeutschen Bundesländern Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge; gleichwohl beschränkt sich das Institut nicht auf die Untersuchung regionaler Entwicklungen.

1996 gegründet, knüpft HoF Wittenberg an eine Vorgängereinrichtung an: Die "Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst" hatte von 1991 bis 1996 die Neustrukturierung des ostdeutschen Hochschulwesens analysierend und dokumentierend begleitet.

Das Institut für Hochschulforschung Wittenberg wird gemeinsam vom Bund und vom Land Sachsen-Anhalt getragen. Es ist als An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert.

Am HoF arbeiten derzeit 17 Wissenschaftler(innen), unterstützt von zwei Bibliothekarinnen und zwei Verwaltungsangestellten. Geleitet wird das Institut von Prof. Dr. Reinhard Kreckel.

Das Programm

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Hierzu erhebt HoF Wittenberg Daten, entwickelt theoretische Ansätze, stellt Informationen zur Verfügung, erarbeitet Prognosen, bietet Planungshilfen an und begleitet Hochschulreformprojekte. Das Institut betreibt sowohl Grundlagen- und historische Forschung als auch anwendungsorientierte Forschung sowie Projekte im Service- und Transfer-Bereich.

Vier Themenschwerpunkte strukturieren das Programm inhaltlich:

- Qualität,
- Steuerung,
- Transformation und
- Wissenschaftsinformation.

Die Projekte

Die laufenden Forschungsprojekte befassen sich mit:

- Universitäten im Kräftefeld Staat – Markt – Autonomie
- Zielvereinbarungen, Hochschulverträge und Hochschulsteuerung
- Organisationsreform an Hochschulen
- Qualität als Hochschulpolitik
- Qualifizierung des Hochschuleingangs
- Übergang von der Hochschule in den Beruf
- Qualifizierungs- und Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses
- Geschlechterverhältnisse und Gender Mainstreaming an Hochschulen
- Regionale Nachfrage nach Hochschulbildung
- Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994
- Hochschulexpansion in 20. Jahrhundert
- Hochschulgeschichte der DDR und des früheren Ostblocks
- Hochschulentwicklung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten

- Erfassung und Aufbereitung von Hochschulstrukturdaten
- Hochschulbildungsfinanzierung unter Bedingungen von Transformation und Globalisierung
- DDR-Geschichte in den Lehrprogrammen deutscher Hochschulen
- Informations-Dokumentations-System Hochschule/Hochschulforschung

Publikationen

HoF Wittenberg gibt die Buchreihe *Wittenberger Hochschulforschung* heraus. Das Institut publiziert die Zeitschrift *die hochschule. journal für wissenschaft und bildung* (vormals *hochschule ost*). Ferner informiert der Instituts-Newsletter *HoF-Berichterstatter* zweimal im Jahr über die Arbeit am HoF. Projektergebnisse und Tagungsdokumentationen werden u.a. in den *HoF-Arbeitsberichten* veröffentlicht.

Zahlreiche der Publikationen können auch von den Internetseiten des Instituts herunter geladen werden: <http://www.hof.uni-halle.de>

Wissenschaftsinformation

HoF Wittenberg verfügt über eine Spezialbibliothek mit etwa 50.000 Bänden und ca. 180 Zeitschriften. Die Neuerwerbungen konzentrieren sich auf die Kernbereiche der Hochschulforschung sowie Fragen der Hochschultransformation in Ostdeutschland und Osteuropa. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten, die aus den Beständen des früheren Zentralinstituts für Hochschulbildung (ZHB/DDR) Berlin übernommen wurde. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.

Im Aufbau befindet sich ein integriertes Informations-Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung, durch das künftig wissenschaftliche Erkenntnisse, laufende Projekte, Veranstaltungen sowie Institutionen, Experten und Links über das Internet rationell abgerufen werden können (URL: <http://ids.hof.uni-halle.de>). Das Projekt wird von der Volkswagenstiftung gefördert. An diesem Vorhaben sind zahlreiche Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen, Fachbibliotheken und Fachinformationseinrichtungen beteiligt.

Der Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg steht im Zusammenhang mit der Neubelebung des Universitätsstandorts. 1502 wurde die „Leucorea“, die Wittenberger Universität, gegründet. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 durch die Vereinigung mit der Universität in Halle der Standort aufgegeben. In Anknüpfung an die historische „Leucorea“ ist 1994 eine gleichnamige Universitätsstiftung errichtet worden. Deren Räumlichkeiten beherbergen neben HoF Wittenberg weitere sieben wissenschaftliche Einrichtungen.

Bislang erschienene Arbeitsberichte:

- 1'06 Burkhardt, Anke/Kreckel, Reinhard/Pasternack, Peer: *HoF Wittenberg 2001 – 2005. Ergebnisreport des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 107 S.
- 7'05 Pasternack, Peer/Müller, Axel: *Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen. Gutachten zum IBA-„Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“-Prozess*, 156 S.
- 6'05 Schlegel, Uta/Burkhardt, Anke: *Frauenkarrieren und –barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext*, 156 S., ISBN 3-937573-06-2, €10,00.
- 5'05 Hüttmann, Jens/Pasternack, Peer: *Studiengebühren nach dem Urteil*, 67 S.
- 4'05 Erhardt, Klaudia (Hrsg.): *ids hochschule. Fachinformation für Hochschulforschung und Hochschulpraxis*, 71 S.
- 3'05 Körnert, Juliana/Schildberg, Arne/Stock, Manfred: *Hochschulentwicklung in Europa 1950. Ein Datenkompendium*, 166 S., ISBN 3-937573-05-4, €15,-.
- 2'05 Pasternack, Peer: *Wissenschaft und Hochschule in Osteuropa: Geschichte und Transformation. Bibliografische Dokumentation 1990-2005*, 132 S., ISBN 3-937573-04-6, €15,-.
- 1b'05 Schlegel, Uta/Burkhardt, Anke/Trautwein, Peggy: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Fachhochschule Merseburg*, 51 S.
- 1a'05 Schlegel, Uta/Burkhardt, Anke/Trautwein, Peggy: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Harz*, 51 S.
- 6'04 Lewin, Dirk/Lischka, Irene: *Passfähigkeit beim Hochschulzugang als Voraussetzung für Qualität und Effizienz von Hochschulbildung*, 106 S.
- 5'04 Pasternack, Peer: *Qualitätsorientierung an Hochschulen. Verfahren und Instrumente*, 138 S., ISBN 3-937573-01-1, €10,00.
- 4'04 Hüttmann, Jens: *Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten*. Unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 100 S.
- 3'04 Winter, Martin: *Ausbildung zum Lehrberuf. Zur Diskussion über bestehende und neue Konzepte der Lehrerbildung für Gymnasium bzw. Sekundarstufe II*, 60 S.
- 2'04 Bloch, Roland / Pasternack, Peer: *Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse*, 124 S.
- 1'04 Teichmann, Christine: *Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in Russland. Ein innovatives Modell zur Modernisierung der Hochschulbildung*, 40 S.
- 5'03 Meyer, Hansgünter (Hg.): *Hochschulen in Deutschland: Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003*, 79 S.
- 4'03 Bloch, Roland/Hüttmann, Jens: *Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns*, 48 S.
- 3'03 Lischka, Irene: *Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003*, 148 S., ISBN 3-9806701-8-X, €10,-.
- 2'03 Reisz, Robert D.: *Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions*, 34 S.
- 1'03 Reisz, Robert D.: *Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000*, 42 S.
- 5'02 Teichmann, Christine: *Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten*, 42 S.
- 4'02 Friedrich, Hans Rainer: *Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses*, 22 S. ISBN 3-9806701-6-3.
- 3'02 Lischka, Irene: *Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern*, 93 S.
- 2'02 Kreckel, Reinhard/Lewin, Dirk: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, 42 S.
- 1'02 Kreckel, Reinhard/Pasternack, Peer: *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001*, 79 S.
- 5'01 Pasternack, Peer: *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, 131 S., ISBN 3-9806 701-5-5, €5,-.
- 4'01 Teichmann, Christine: *Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation*, 51 S.
- 3'01 Jahn, Heidrun: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 58 S.
- 2'01 Olbertz, Jan-Hendrik/Otto, Hans-Uwe (Hg.): *Qualität von Bildung. Vier Perspektiven*, 127 S., ISBN 3-9806701-4-7, €5,-.
- 1'01 Pasternack, Peer: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, 45 S.

- 5'00 Lischka, Irene: *Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten*, 75 S.
- 4'00 Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt/HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg*, 83 S., ISBN 3-9806701-3-9, € 7,50.
- 3'00 Lewin, Dirk: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, 127 S.
- 2'00 Burkhardt, Anke: *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation*, 182 S., ISBN 3-9806701-2-0, €12,50.
- 1'00 Jahn, Heidrun: *Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen*, 65 S.
- 7'99 Alesi, Bettina: *Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990 – 1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation*. In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S., ISBN 3-9806701-1-2, €7,50.
- 6'99 Jahn, Heidrun / Kreckel, Reinhard: *Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie*, 72 S.
- 5'99 Lischka, Irene: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, 104 S.
- 4'99 Jahn, Heidrun: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung*, 35 S.
- 3'99 Lewin, Dirk: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements*, 61 S.
- 2'99 Pasternack, Peer: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998*, 81 S., ISBN 3-9806701-0-4, € 12,50.
- 1'99 Buck-Bechler, Gertraude: *Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?*, 65 S.
- 5'98 Lischka, Irene: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, 43 S.
- 4'98 Pasternack, Peer: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*, 30 S.
- 3'98 Jahn, Heidrun: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*, 38 S.
- 2'98 Lewin, Dirk: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, 44 S.
- 1'98 Jahn, Heidrun: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 40 S.
- 5'97 Burkhardt, Anke: *Stellen und Personalbestand an ostdeutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, 49 S.
- 4'97 Lischka, Irene: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*, 15 S.
- 3'97 Buck-Bechler, Gertraude: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*, 17 S.
- 2'97 Lischka, Irene: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*, 33 S.
- 1'97 Jahn, Heidrun: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*, 22 S.

Zweimal jährlich erscheinen die wissenschaftliche Zeitschrift des Instituts „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ sowie der Newsletter „HoF-Berichterstattung“ mit aktuellen Meldungen aus dem Institut.

Beim Lemmens Verlag Bonn gibt das Institut die Schriftenreihe „Wittenberger Hochschulforschung“ heraus.